



GENERALRAT WÜNNEWIL-FLAMATT

Protokoll

**zur Generalratssitzung vom Mittwoch, 15. Februar 2023,
20:00 bis 23:10 Uhr in der Aula Primarschule Flamatt**

Anwesende
Generalräte /
Generalrätinnen:

Die Mitte: Binz Ursula, Boschung Bruno, Ducrey Patrik, Gobet Karl, Lorch
Therese, Pfammatter Emil, Riedo Dane

SP/Grüne: Gallasz Christine, Köstli Kornel, Meier Urs, Schafer Aissami Bar-
bara, Schlüchter Cécile, Schöpfer Josef, Vonlanthen Michelle, Zosso Von-
lanthen Jacqueline, Zurlinden Regula

ML-CSP: Boschung Roland, Schafer Georg, Schweizer Nicole, Spicher
Beat, Sturny Daniel

FDP: Brülhart Anita, Brülhart Mario, Forster Elias, Freiburghaus Thomas,
Käser Michael, Müller Hugo, Personeni Ralph, Santovito Roberto, Schmid
Manuela, Stampfli Yvan, Tassone-Mantellini Donata, Wüthrich Maria Anna,
Zingg Sarah

JFL: Andrey Simon, Brügger Lukas, Brülhart Stefan, Durret Jan, Fasel Yentl
Maria, Gobet Claudio, Hagi Katja, Jung Vanessa, Schneuwly Julian

Total: 48

SVP: Azizi Dashnim, Heimann Fritz, Herren Heinz, Messerli Erich, Wiget Ve-
rena

Gemeinderäte /
Gemeinderätin-
nen:

Freiburghaus Andreas FDP, Judith Fasel Die Mitte, Waeber Manuel FDP,
Ramaj Burim FDP, Bigler Martin SVP, Schneuwly René SP, Margrit Perler
SP, Grossrieder Erwin Die Mitte, Stähli Walter FDP

Abteilungsleiter/in:

Clerc Jérôme, Schafer Richard, Marty Serge

Sitzungsleitung:

Schneuwly Julian, JFL

Stimmenzähler:

Andrey Simon, JFL
Personeni Ralph, FDP
Schafer Georg ML-CSP
Wiget Verena SVP

Vizepräsident:

Lorch Therese, Die Mitte

Protokollführung:

Schneuwly Anja, stellvertretende Gemeindeschreiberin

Presse:

Gugler Anne, Freiburger Nachrichten

Entschuldigt:

Schneuwly Sonja, SP/Grüne, Schmid Martina, SVP

Stimmberechtigte
am: 15.02.2023

4'083

4'(in Gemeindeangelegenheiten)

Traktanden

- | | | |
|----------|---|---|
| | 0.11.3.030 | Protokolle |
| 1 | Generalrat Protokolle Periode 2021-2026
Protokollgenehmigung vom 14.12.2022 | |
| | | |
| | 9.63.1.020 | Sanierung, Pläne |
| 2 | Sanierung Schlössli
Sanierung Schlössli - Kreditbegehren | |
| | | |
| | 1.50.6.010 | Bau, Pläne |
| 3 | Neubau Feuerwehrgebäude in Wünnewil
Neubau Feuerwehrgebäude - Kreditgenehmigung | |
| | | |
| | 7.00.0.030 | Abfallreglement |
| 4 | Abfallreglement
Genehmigung Abfallreglement | |
| | | |
| | 2.17.0.230 | Primarschule Wünnewil, Dorfstrasse 58, Unterhalt |
| 5 | PS Wünnewil - Unterhalt
Ersatz Schülerpulte Primarschule Wünnewil | |
| | | |
| | 0.11.3.020 | Botschaften und Akten |
| 6 | Parlamentarische Vorstösse; Motionen und Postulate (GenR)
Anträge, Motionen, Postulate | |
| | | |
| | 0.11.3.010 | Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers) |
| 7 | Verschiedenes, Generalratssitzung
Verschiedenes | |

NOC

1	0.11.3.030 Protokolle Generalrat Protokolle Periode 2021-2026 Protokollgenehmigung vom 14.12.2022
---	---

Kommentar:

Das noch nicht genehmigte Protokoll der letzten Generalratssitzung vom 14. Dezember 2022 liegt in der Gemeindekanzlei zur Einsichtnahme auf, oder kann unter www.wuennewil-flamatt.ch eingesehen werden.

Der Generalrat

- genehmigte das Protokoll der letzten Sitzung des Generalrates vom 12. Oktober 2022;
- genehmigte das Budget Erfolgsrechnung 2023 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 669'200 sowie das Budget der Investitionsrechnung 2023 mit Nettoinvestitionen in der Höhe von Fr. 6'580'200;
- genehmigte den Bruttokredit zur Sanierung der Ortsdurchfahrt Flamatt über Fr. 2'885'000;
- genehmigte die Beschaffung der Kehrmaschine Boschung Urban-Sweeper S 2.0 500 zu Fr. 180'000;
- genehmigte die Statuten des neuen Mehrzweckverbands Sensebezirk;
- genehmigte den Bruttokredit für den verbesserten Zugang zur S-Bahnstation Wünnewil über Fr. 535'000.

Antrag:

Das Büro beantragt dem Generalrat:

1. **Das Protokoll der Generalratssitzung vom 14. Dezember 2022 anzunehmen.**

2	9.63.1.020 Sanierung, Pläne Sanierung Schlössli Sanierung Schlössli - Kreditbegehren
---	--

Einleitung

Das als «Schlössli» bezeichnete Wohnhaus dürfte gemäss Schätzung des Amtes für Kulturgüter ungefähr aus dem Jahre 1820 stammen.

Das ursprünglich viel kleinere Gebäude, welches vermutlich nur über dem heutigen Kellergeschoss lag, war Teil des landwirtschaftlichen Gutes an der heutigen Schlösslistrasse, zu welchem nebst dem landwirtschaftlichen Betrieb, die Käserei, Land und Wälder um das Dorf gehörten.

Das Anwesen war um 1755 im Besitz einer Familie Montenach. Nach mehreren Besitzerwechsel und baulichen Erweiterungen erwarb im Jahre 1909 Josef Perler-Fasel, Baumeister in Wünnewil, das ganze Anwesen von einer Familie Breton aus Frankreich.

1910 wurde das Gebäude zu einem Schulhaus umgebaut. In diese Zeit dürfte die Erweiterung nach Süden im Erdgeschoss mit darüber liegender Veranda sowie das zeittypische Walmdach fallen.

1912 ging das Schlössli in den Besitz der Gemeinde über. Es diente fortan als Schulhaus mit zwei Wohnungen. Die Wohnung im Dachstock wurde Ende der 1940er Jahre aufgegeben.

Von zirka 1969 bis 1992/93 war der Kindergarten im EG des Schlösslis untergebracht, die Wohnung im OG wurde vermietet.

Wann die Anbauten an der Westfassade (sanitäre Anlagen und Aussengerätestauraum) dazukamen, lässt sich schwer sagen.

Seit 1994 befindet sich nun die Spielgruppe im Erdgeschoss. Die Wohnung im OG wird seit 2012 als Kita genutzt.

Der Verkauf der Liegenschaft Schlössli war mehrmals Thema. Die verschiedenen Mieter bekundeten jeweils ihr Interesse an der Liegenschaft oder an Teilen der Liegenschaft.

2001 kam der Verkauf des "Schlössli" vor die Gemeindeversammlung, wurde aber abgelehnt.

Ausgangslage

Gemäss geltender Zonennutzungsordnung der Gemeinde Wünnewil-Flamatt ist der Bau im Wert C verzeichnet und in der Kategorie 3 geschützt. Der Schutzzumfang umfasst somit die Fassade, die Bedachung sowie die innere Tragkonstruktion und die allgemeine Anordnung des Grundrisses.

Aufgrund eines ersten Berichtes vom Amt für Kulturgüter sind die Fassadengestaltung, die Sandsteingewände, die Sprossenfenster und charakteristische Elemente der Innenausstattung, sowie die Gartenanlage mit Vorplatz und Brunnen zu erhalten.

Ebenfalls unter Schutz steht der grosse Nussbaum auf dem Spielplatz.

Die Parzelle befindet sich seit der 2. Ortsplanungsrevision 1995 - 1999 in der Zone von allgemeinen Interessen und im Ortsbildschutzperimeter.

Aktuelle Nutzung (siehe Fotos Dokumentation Vorprojekt)

Im Keller befindet sich die Ölheizung und ein kleines Vorratslager.

Das Erdgeschoss umfasst den Eingangsbereich mit Garderobe für die Spielgruppe, die sanitären Anlagen für die Spielgruppe und das Personal, Stauraum für das Reinigungsmaterial, einen Vorratsraum für die Kita sowie seit 2018 das Büro für die Kitaleitung und zwei Stauräume für das Spielgruppenmaterial.

Der Zugang zum Obergeschoss erfolgt über ein enges Treppenhaus. Die 4 1/2 Zimmerwohnung dient als Kita (14 Plätze, 2 davon mit Ausnahmegewilligung).

Das Dachgeschoss wird als Stauraum für die Kita und die Spielgruppe genutzt. Die Kammer im mittleren Estrichbereich dient ab und zu als Bastelraum für die Kita. Der Zugang zum Estrich erfolgt über eine schmale Treppe.

Die freistehende Garage im Aussenbereich dient als Stauraum für die Kinderwagen und diversem Spielzeug. Weitere Spielgeräte sowie sämtliches Material des Hauswerts für die Pflege des Aussenbereichs sind im Anbau an der Westfassade untergebracht.

Im Aussenbereich befindet sich im Süden ein geschlossener Spielplatz für die Kita. Der grosszügige öffentliche Spielplatz dient der gesamten Bevölkerung.

Die Parkplätze befinden sich vor dem Haupteingang des Gebäudes. Es wird aktuell so parkiert, dass Rückwärts in die Hauptverkehrsachse gefahren werden muss, was nicht mehr zulässig ist und bei einem Umbau angepasst werden muss.

Gebäudezustand

Die Liegenschaft Schlössli weist an verschiedenen Stellen im Aussen- und Innenbereich altersbedingte Mängel auf. Die Fassade, die Fenstersimse aus Sandstein und die Täferung sind stellenweise in Mitleidenschaft gezogen. Im Dachstock tritt an diversen Stellen Wasser ein, da kein Unterdach vorhanden ist.

Das Gebäude entspricht den heutigen energetischen und brandschutztechnischen (Treppenhaus) Anforderungen nicht mehr.

Für den Werterhalt der Liegenschaft muss das Gebäude zwingend in den nächsten Jahren vollumfänglich saniert werden.

Die letzte grössere Sanierung für rund Fr. 372'000 erfolgte 1997 mit der Renovation der Wohnung. Ansonsten wurden nur kleinere Anpassungs- und Unterhaltsarbeiten umgesetzt, die für den Betrieb nötig waren.

Überlegungen

In den letzten Jahren wurden verschiedene Sanierungs- und Nutzungsmöglichkeiten in Zusammenhang mit der Liegenschaft Schlössli diskutiert und ansatzweise erarbeitet.

Unbestritten blieb, dass die Lage und die grosszügige Umgebung für die aktuelle Nutzung als Kinderbetreuungsstätte ideal sind.

Das kantonale Mobilitätsgesetz sowie das Strassenreglement der Gemeinde Wünnewil-Flamatt lassen eine Rückwärtsfahrt auf eine Hauptverkehrsachse nicht zu – dies erschwert die Parkplatzgestaltung, wenn man die Umgebung der Liegenschaft nicht verbauen will.

Jeder Umbau und jede Sanierung in öffentlichen Gebäuden haben zur Folge, dass die geltenden Normen in den verschiedenen Bereichen respektiert werden müssen, daraus ergeben sich gestalterische und finanzielle Herausforderungen.

Der Grossteil der Kosten entsteht daher aus der zeitgemässen Sanierung, dies unabhängig der möglichen Nutzung.

Da man aus finanziellen Gründen entschied, auf einen Anbau zu verzichten und die Räumlichkeiten im bestehenden Gebäude zu nutzen, kam man zur Überzeugung, dass aus strategischer Sicht die alleinige Nutzung durch die Kita und die Schaffung einer zweiten Gruppe für die Liegenschaft und das Betreuungsangebot in der Gemeinde einen Mehrwert darstellt. Das Gebäude kann so optimal ausgenutzt werden.

Für die Spielgruppe bestehen Übergangs- oder Langzeitlösungen im Dorfzentrum Wünnewil. Dies ist abhängig von anderen angedachten Projekten im Dorfzentrum.

Grundlagen für die Erweiterung der Kita Zouberhuet Wünnewil

Aktuelle Zahlen (Stand 28.12.2022)

	Flamatt		Wünnewil	
	Anzahl Kinder	Personal	Anzahl Kinder	Personal
0-2 Jahre	4	1	6	2
2-4 Jahre	10	2	8	2
Total	14	3	14	4

Maximale Auslastung in Wünnewil nach Umbau Schlössli (ohne Erhöhung des ausgebildeten Personalbedarfs).

	Wünnewil	
	Anzahl Kinder	Personal
0-2 Jahre	8	2
2-4 Jahre	14	2
Total	22	4

Gesetzlicher Personalbedarf

Es gilt der gesetzliche Personalbedarf gemäss den Richtlinien für die vorschulischen Betreuungseinrichtungen

www.fr.ch/sites/default/files/contens/sej/_www/files/pdf92/directives-sur-les-structures-daccueil-prescolaires-d.pdf

Personal

Gruppe bis 4 Kinder, Alter 0-2 Jahre: 1 ausgebildete Person

Gruppe bis 7 Kinder, Alter 2-4 Jahre: 1 ausgebildete Person

Von den Anzahl m³ her, wäre eine Erhöhung auf 24 Plätze möglich, dies würde aber mehr Personalaufwand generieren.

Bedarf an Betreuungsplätzen

Gemäss dem Gesetz über die familienergänzende Betreuung, Art. 6 ist die Gemeinde verpflichtet, Betreuungsplätze anzubieten https://bdlf.fr.ch/app/de/texts_of_law/835.1.

Die beiden Kitas in Flamatt und Wünnewil sind ausgelastet, die Warteliste präsentiert sich folgendermassen (Stand 28.12.2022)

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Wünnewil					
1 Tag	10 Kinder	17 Kinder	13 Kinder	14 Kinder	16 Kinder
½ Tag	5 Kinder	3 Kinder	6 Kinder	4 Kinder	6 Kinder
Flamatt					
1 Tag	12 Kinder	15 Kinder	13 Kinder	12 Kinder	14 Kinder
½ Tag	4 Kinder	4 Kinder	10 Kinder	4 Kinder	5 Kinder

Für 4 Kinder wurde eine externe Lösung gefunden, dies bedeutet aber, dass jeweils der Vollkostentarif verrechnet wird und die Gemeinde die Differenz übernehmen muss. Es werden auch Kinder durch Tageseltern betreut, welche auf einen Kita-Platz warten.

Anliegen des Jugendamtes

Das Jugendamt wurde anlässlich einer Besichtigung in die Projektplanung miteinbezogen und unterstützt eine Erhöhung der Kitaplätze in Wünnewil.

Alle 4 Jahre wird eine Bedarfsabklärung durchgeführt.

Eine neue Bedarfsabklärung wird 2023 durchgeführt, somit kann aufgrund des gesetzlich vorgeschriebenen Betreuungsauftrags entschieden werden, ob die Kita definitiv erweitert werden soll oder die Spielgruppe wieder in das Schlössli zieht.

Projektbeschreibung und bauliche Massnahmen

Rückbau

Es ist vorgesehen, den Anbau an der Westfassade und die Einzelgarage rückzubauen, da beide Elemente für die Liegenschaft keinen Mehrwert bieten. Der bestehende Haupteingang und das Treppenhaus sollen durch einen neuen seitlichen Zugang und ein den Normen entsprechendes Treppenhaus ersetzt werden.

Diverse nichttragende Wände werden entfernt, so dass die Raumaufteilung den Bedürfnissen angepasst werden kann.

Gemäss den Zielen der Energiestadt Sense sollen bis 2025 nach Möglichkeit alle Ölheizungen in öffentlichen Gebäuden ersetzt werden, daher wird auch die Heizung erneuert.

Energetische Massnahmen

Der gesamte Innenbereich wird energetisch saniert, im Dachstock wird ein Unterdach und eine Wärmedämmung eingebaut. Schwimmende Unterlagsböden dienen der Wärme- und Trittschalldämmung. Vorgesehen ist ebenfalls der Ersatz der Fenster.

Der Einbau eines neuen Heizsystems (Erdwärmesonden sind zulässig) und der Warmwasseraufbereitung sind zwingend.

Auf dem Nebengebäude kann eine Photovoltaikanlage gebaut werden, welche Strom für den Eigenbedarf generiert.

Umgebungsarbeiten

Parkplatzgestaltung

Gemäss den geltenden Berechnungsnormen im Strassen- und Verkehrswesen können für die Liegenschaft Schlössli und deren Nutzung 3 Parkplätze gebaut werden. Nach verschiedenen Vorschlägen ist man zum Entscheid gelangt, dass die Seitwärtsparkierung am Strassenrand die beste Lösung ist, um das nicht zulässige Rückwärtsfahren in eine Hauptverkehrsachse zu verhindern. Das Amt für Mobilität wurde vorgängig kontaktiert und hat die verschiedenen Möglichkeiten gesichtet. Ein Entscheid wird aber zu einem späteren Zeitpunkt fallen.

Vorplatz

Der Vorplatz soll einladend gestaltet werden und eine sichere Distanz zur Schösslistrasse bieten. Die Verschiebung des Brunnens ins Zentrum wird angestrebt, ist aber nicht zwingend.

Sollte die Parkplatzgestaltung vom Amt für Mobilität nicht angenommen werden, kann der Vorplatz nicht wie vorgesehen umgestaltet werden und muss Parkplätzen weichen. Auf die Kosten hat dies keinen negativen Einfluss.

Nebengebäude

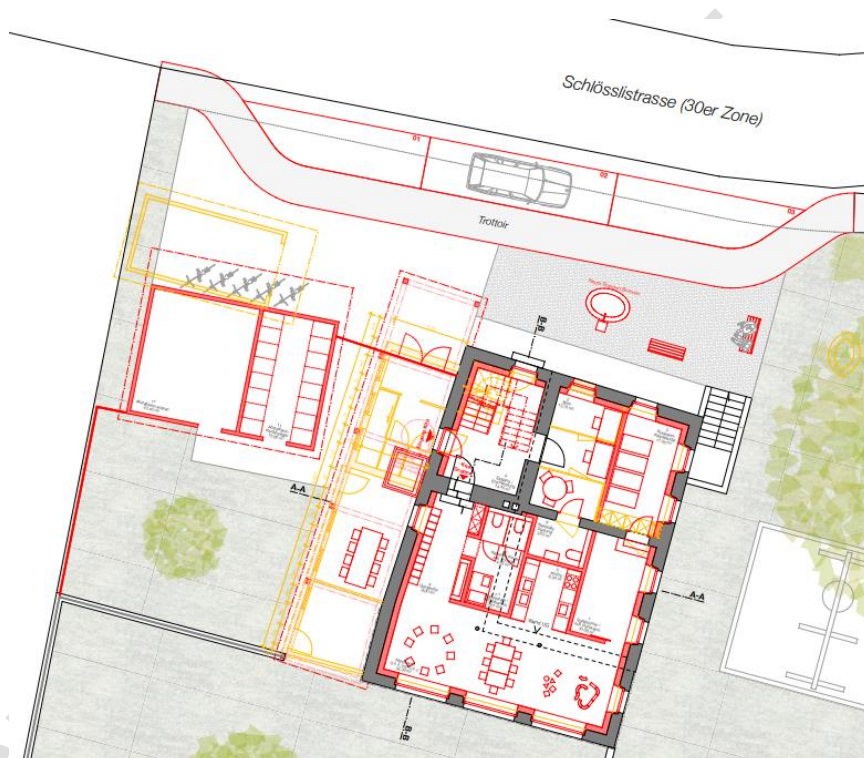
Ein neu erstelltes Nebengebäude ersetzt die bestehende Garage und den bisherigen Anbau und bietet Platz für die Kinderwagen, das Aussenspielmateriale und Geräte, welche vom Hauswart für die Umgebungsarbeiten gebraucht werden. Ein gedeckter Veloabstellplatz grenzt an das Nebengebäude.

Spielplatz und Stützmauer

Beim Spielplatz sind keine grösseren Veränderungen vorgesehen. Die Stützmauer zum abgegrenzten Spielplatz der Kita ist allerdings sanierungsbedürftig.

Kellergeschoss

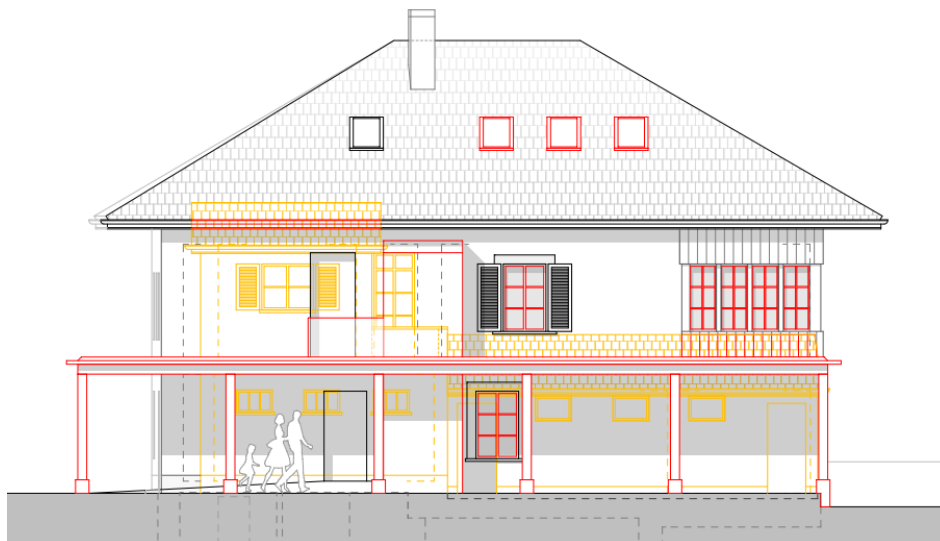
Der Kellerbereich bleibt weiterhin für die Technik und als Vorratsraum bestehen.



Erdgeschoss

Neu erfolgt der Zugang zum Gebäude durch einen seitlichen Haupteingang. Die Erschliessung der Stockwerke erfordert den Einbau einer Treppe, welche den geltenden Brandschutzvorschriften entspricht.

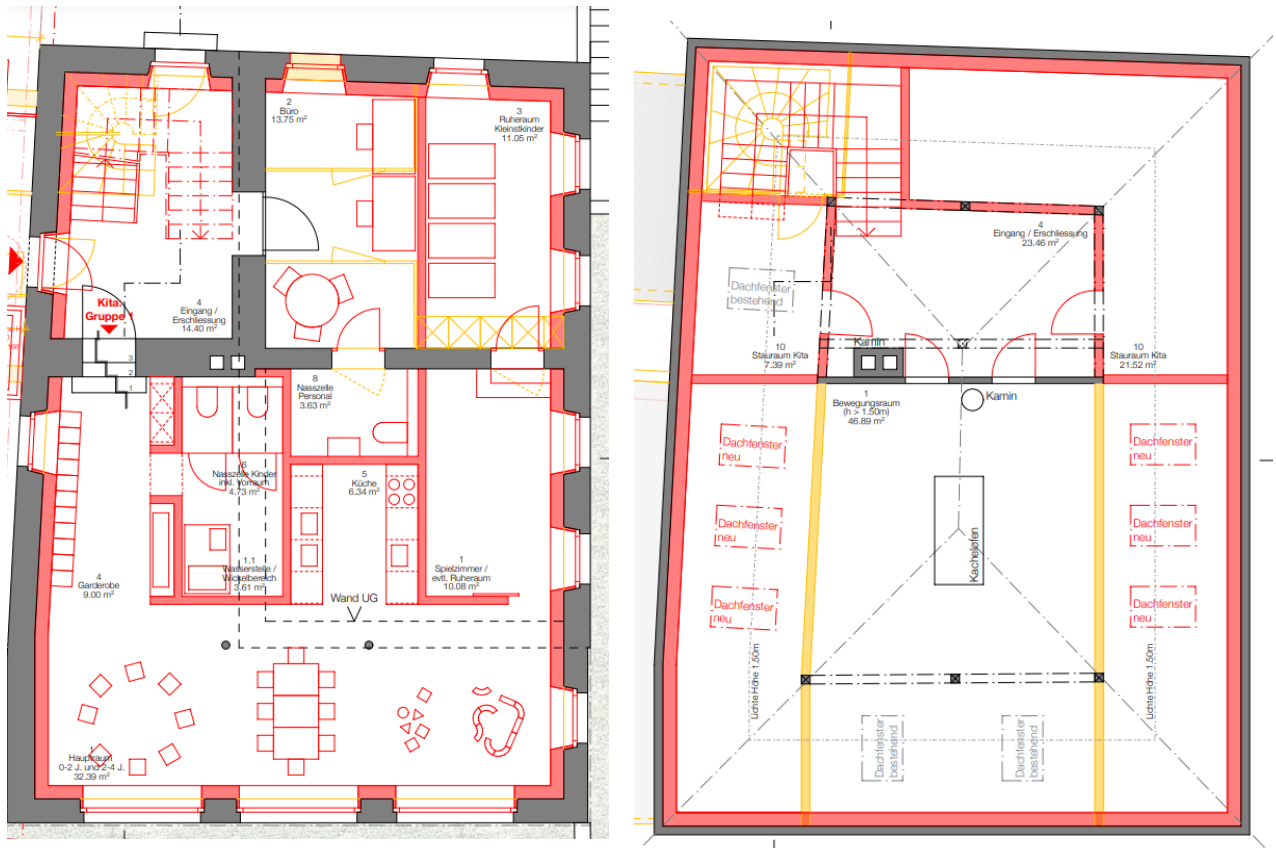
Der Eingang ist überdacht, damit der Eintritt ins Gebäude bei Regenwetter geschützt erfolgen kann. Ein einfacher Plattformlift im Aussenbereich erschliesst das Obergeschoss behindertengerecht, dieser kann auch für Warentransporte genutzt werden. Eine gedeckte Veranda auf der Westseite bietet Schutz bei Sonne und Regen.



Im Erdgeschoss sind ein Personalbüro und ein Personal-WC geplant. Die restlichen Räume sind identisch zum Obergeschoss und umfassen eine Garderobe, WC-Anlagen mit Wickelbereich, eine einfache Küche mit gesichertem Zugang, ein separates Spielzimmer, bzw. ein Ruheraum für die Kinder von 2-4 Jahren sowie ein Ruheraum für Kinder von 0-2 Jahren mit Betten und den Hauptraum.



Im Büro ist der zusätzliche Einbau eines Fensters nötig, dies wirkt sich aber nicht störend auf die Fassadenansicht aus.



Obergeschoss (linker Plan)

Die Raumeinteilung im Obergeschoss ist identisch der Raumeinteilung im Erdgeschoss, einzig für das Personal ist ein Ruherraum und der Putz- und Waschraum vorgesehen.

Dachstock (rechter Plan)

Dieser soll nun endlich ein Unterdach erhalten und so saniert werden, dass eine Nutzung als Stau- und Bewegungsraum möglich ist. Durch die geschützte Dachkonstruktion ist der Ausbau eingeschränkt, trotzdem ist es eine Aufwertung für das Gebäude und ermöglicht die volle Nutzung.

Das Raumprogramm wurde auf der Basis der Richtlinien für vorschulische Betreuungseinrichtungen und in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Kita und dem Jugendamt erarbeitet.

Das Amt für Kulturgüter wurde vorgängig über die geplanten baulichen Massnahmen informiert, eine Besprechung hat stattgefunden und eine erste Stellungnahme wurde abgegeben.

Der Innenausbau ist so geplant, dass ein Umbau, bzw. eine Umnutzung zu einem späteren Zeitpunkt mit geringem Aufwand möglich ist.

Unsicherheitsfaktoren

Da es sich um die Sanierung eines bestehenden Gebäudes handelt, besteht die Möglichkeit von gewissen Altlasten und gebäudetechnischen Überraschungen. Zur Erstellung des Kostenvoranschlags werden die nötigen Sondierungen und Detailabklärungen gemacht. Diese im Vorfeld zu machen, hätte unnötige Kosten generiert.

Die Parkplatzsituation ist noch nicht bewilligt, alternative Lösungen sind vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen

Interne Mietzinsverrechnung

Bis anhin wurden für die Kita Wohnung im Schlössli Fr. 20'000 interne Mietzinsen verrechnet. Für die Spielgruppe Fr. 13'000, was einem Total von Fr. 33'000 entspricht. Diese Zahlen wurden aufgrund der früheren Mietverträge erstellt. Neu würden die internen Mietzinsverrechnungen höher ausfallen.

Mögliche Subventionen

Vom kantonalen Gebäudeprogramm kann erfahrungsgemäss mit Förderbeiträgen von zirka Fr. 50'000 gerechnet werden.

Von Bund (Bundesgesetz über die Finanzhilfe für familienergänzende Kinderbetreuung) und von Kanton (Kantonaler Fonds zur Förderung der Schaffung von Krippenplätzen) kann mit je Fr. 5'000 pro neu geschaffenen Krippenplatz gerechnet werden, Bedingung ist allerdings, dass 10 zusätzliche Plätze geschaffen werden, was wir mit einer zweiten Gruppe erreichen würden.

Kostenzusammenstellung

Es handelt sich aufgrund des aktuellen Standes des Projektes um eine Grobkostenschätzung (GKS), diese weist gemäss SIA-Norm 102 eine Genauigkeit von +/-20% auf.

Sollte sich zeigen, dass der Kostenvoranschlag (KV) den Bruttokredit übersteigt, wird der Gemeinderat die nötigen Massnahmen ergreifen.

Für eine mögliche allgemeine Kostenentwicklung in der Baubranche kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Haftung übernommen werden.

Der Gemeinderat hat bewusst diesen Weg gewählt. Ein KV hätte Planungskosten von über Fr. 100'000 generiert. Da es sich bei diesem Projekt um einen Grundsatzentscheid handelt, wäre es falsch gewesen, die möglichen Kosten genauer bestimmen zu lassen.

Vorbereitungsarbeiten	Fr.	150'000
Vorabklärungen, Abbrüche, Diverses		
Gebäude	Fr.	1'700'000
Die Volumenberechnung basiert auf SIA-Norm, die m ³ Preise auf Erfahrungswerten von vergleichbaren Sanierungsobjekten.		
Wohngebäude (1600m ³ à Fr. 950.-/m ³)	Fr.	1'520'000
Abstellraum aussen / Veranda (430m ³ à 350.-/m ³)	Fr.	150'500
Senkrechtlift	Fr.	14'000
Photovoltaikanlage auf neu erstelltem Nebengebäude	Fr.	15'000
Rundungsbetrag	Fr.	500
Umgebung	Fr.	200'000
Hartbeläge Vorplatz (100m ² à 200.-)	Fr.	20'000
Hartbeläge Trottoir (90m ² à 300.-)	Fr.	27'000
Hartbeläge Parkplatz (100m ² à 300.-)	Fr.	30'000
Grünflächen (1490m ² à 50.-)	Fr.	74'500
Stützmauern (20m à 1'000.-)	Fr.	20'000
Erschliessung innerhalb der Parzelle (Trinkwasser/Abwasser)	Fr.	20'000
Rundungsbetrag	Fr.	8'500
Baunebenkosten und Reserven	Fr.	100'000
Bewilligung, Gebühren, Versicherungen etc.	Fr.	85'000
(5% von 1'700'000)		
Reserven	Fr.	15'000
Total Bruttokreditbegehren	Fr.	2'150'000

Jährliche Folgekosten

Amortisation 3%	Fr.	64'500
Durchschnittliche Verzinsung 2%	Fr.	21'500
Total	Fr.	86'000

Zeitlicher Rahmen

15. Februar 2023	Kreditbegehren Generalrat
März 2023	Eingabe Vorgesuch Amt für Kulturgüter und Jugendamt
April 2023	Ausschreibung Auftrag Planer
Herbst 2023	Eingabe Baugesuch
Frühling 2024	Bewilligung und Vergaben
Sommer 2024	Baubeginn
1. Januar 2026	Inbetriebnahme

Schlussbemerkung

Die Kosten für die Sanierung der Liegenschaft Schlössli sind hoch und fallen höher aus als ursprünglich gedacht. Sie wurden in seriöser Vorarbeit und mit der nötigen Vorsicht und Erfahrung zusammengestellt.

Der weitaus grösste Teil der Kosten fällt auf die Sanierung des Gebäudes und bleibt unabhängig der jeweiligen Nutzung bestehen. Die Zustimmung zum Kreditbegehren ist deshalb in erster Linie eine Zustimmung zur Sanierung und zum Erhalt der Liegenschaft Schlössli.

Die mögliche Erweiterung des Kitaangebots in Wünnewil hat sich im Verlaufe der Planung aufgrund verschiedener Erkenntnisse ergeben. Die Erhöhung der Anzahl Plätze entspricht dem aktuellen Bedürfnis nach Betreuungsplätzen und hat einen zukunftsgerichteten Charakter.

Eine Umzonierung der Parzelle und/oder die Aufhebung des Schutzstatus ist ein Prozess von mehreren Jahren, müsste aber bei einer grundsätzlichen Ablehnung zum Kreditbegehren in Betracht gezogen werden, damit der Verkauf der Liegenschaft oder ein Neubau anstelle der Sanierung möglich wird.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat

- 1. Dem Bruttokredit zur Sanierung der Liegenschaft Schlössli von Fr. 2'150'000 zuzustimmen.**
- 2. Den Betrag aus verfügbaren Bankguthaben oder durch Kreditaufnahmen zu finanzieren.**
- 3. Die Ausgaben den Investitionsrechnungen 2023-2026 zu belasten und linear mit 3% zu amortisieren**

Kommentar:

Judith Fasel, Gemeinderätin

Geschätzte Anwesende, das Kreditbegehren Sanierung Schlössli hat sowohl im Gemeinderat wie auch in den Fraktionen zu vielen Diskussionen geführt. Dies ist für mich ein gutes Zeichen, es scheint ein wichtiges Thema zu sein welches die Leute beschäftigt. Ich hoffe es gelingt mir in der nachfolgenden Darlegung noch jene zu überzeugen, welche denken, dass dem Geschäft nicht zugestimmt werden sollte.

Die Liegenschaft Schlössli liegt im Ortsbildschutzperimeter und in der Zone öffentliches Interessen, worin es erst in der zweiten Ortsplanungsrevision (1995-1999) kam und das Schlössli ist, wie auch das alte Gemeindehaus, in der Kategorie C3 geschützt.

Im 18. Jahrhundert war die Liegenschaft Schlössli teil des landwirtschaftlichen Gutes, welches lange im französischen Familienbesitz war und gehört nun zu den wenigen 40 schlossähnlichen Gebäuden, welche im Sensebezirk noch existieren.

Der Schutzstatus ist nicht alleine auf die Gebäudestruktur zurückzuführen, sondern auch, darauf, dass das Schlössli zu einem der historischen Kerne Wünnewils gehört.

Die Liegenschaft wurde um 1909 von einem Wünnewiler gekauft. Das Haus ging 1912, nachdem es bereits vorher zu einem Schulhaus umgebaut wurde, in den Besitz der Gemeinde über. In dieser ganzen Zeit wurde der Verkauf der Liegenschaft viele Male thematisiert.

Der Verkauf wurde auch in der aktuellen Legislatur ausgiebig diskutiert. Es geht also heute auch um einen Grundsatzentscheid, ob die Liegenschaft im Gemeindebesitz bleibt und zu Gemeindezwecken genutzt werden soll.

Das Gebäude ist sowohl bei der Hülle als auch der Innenbereich sanierungsbedürftig. Es regnet in das Gebäude rein, das Gebäude muss energetisch optimiert werden etc. Im Gemeinderat war der Nutzungszweck als Kita immer unbestritten. Die einzige Schwachstelle ist die ganze Parkplatzsituation.

Im Zusammenhang mit der Sanierungsplanung wurde auch der aktuelle Nutzungszweck geprüft. Seit 1994 befindet sich im Erdgeschoss die Spielgruppe und seit 2012 im Obergeschoss die Kita. Lange Zeit sind wir davon ausgegangen, dass dies so beibehalten werden kann. Es wurde aber klar, dass der Bedarf an mehr Kita-Plätzen in der Gemeinde Wünnewil-Flamatt weiter zunimmt. Es wurden mit dem Architekten auch Varianten geprüft, wo die Kita vergrössert worden und die Spielgruppe im Schlössli geblieben wäre, wir haben aber Möglichkeiten die Spielgruppe an einem anderen Ort unterzubringen.

Deshalb kam der Gemeinderat zum Schluss die Planung mit zwei Kitagruppen auf den beiden Stockwerken voranzutreiben und die Spielgruppe in das Dorf zu verschieben.

Es geht hier in erster Linie um die Sanierung und den Werterhalt der Liegenschaft. Auch für eine andere Nutzung muss ein Innenausbau gemacht werden, es geht hier also nicht um die Nutzung der Kita.

Der Vorschlag ist ein Vorprojekt. Vorgesehen ist ein Rückbau der Garage und des Anbaus, welcher von schlechter Bausubstanz ist. Die ganze Vorplatzgestaltung ist ein grosses Thema. Das Treppenhaus kann in der aktuellen Form brandschutztechnisch nicht weitergeführt werden, weshalb es in einem neuen Anbau Platz finden wird.

Ein einfacher Aufzug, welcher ebenfalls im neuen Anbau Platz findet und den Eingang auf die Seite verschiebt bringt zusätzlichen Komfort ohne Platz im Inneren zu verbrauchen.

Die Planung des Innenausbaus ist basierend auf den Vorgaben des Jugendamtes.

Der Dachstock wird zum Bewegungsraum ausgebaut. Der Innenausbau wird mit Leichtbauelementen erstellt, damit bei einem allfälligen Rückbau keine grossen Kosten entstehen würden.

Die Parkplatzsituation gab am meisten zu Reden. Gemäss dem Amt für Mobilität darf von einem Parkplatz nicht mehr rückwärts auf eine Hauptverkehrsachse rausgefahren werden. Dies bedeutet, dass die aktuelle Parkplatzsituation nicht mehr konform ist. Hierzu wurden verschiedene Varianten geprüft.

Die Berechnung der 2,4 Parkplätze basiert auf den Angaben von Schulgebäuden. Wir sind uns einig, dass dies nicht realistisch und für die Nutzung des Gebäudes nicht sinnvoll ist. Das Bauamt ist in Kontakt mit dem Amt für Mobilität und weitere Möglichkeiten werden geprüft.

Eine definitive Antwort werden wir aber erst nach der Einreichung eines Vorprojektes erhalten, weshalb es nicht Sinn macht, das Geschäft zurückzuweisen aufgrund einer ungeklärten Parkplatzsituation.

Die Ideen aus den Fraktionen wurden aufgenommen.

Das Kreditbegehren ist hoch, der Gemeinderat ist aber überzeugt, dass die Grobkostenzusammenstellung seriös gemacht wurde und auf Erfahrungswerten basiert. Die Baukosten haben sich in den letzten 10 Jahren stark entwickelt. Die Grobkostenschätzung beinhaltet zudem Reserven.

Viel zu reden gaben auch die Fr. 200'000 für die Umgebungsarbeiten, wo sicherlich auch der Spielplatz als Vergleich diente. Diese Kosten wurden nochmals mit dem Architekten geprüft, ein wichtiger Teil hierbei ist sicherlich auch die Situation mit dem Vorplatz, welche noch ungeklärt ist.

Die Subventionen wurden noch nicht zugesprochen, weshalb sie nicht direkt eingerechnet worden sind.

Die Subventionierung der Kita-Plätze werden buchhalterisch nicht dem Gemeindegebäude oder dem Kredit angerechnet.

Vom zeitlichen Rahmen her ist es wichtig zu sagen, dass wir den Baubeginn bereits 2024 sehen, Lösungen für die Kita in der Bauphase und Anschlusslösungen für die Spielgruppe bestehen.

Zum Schlusswort:

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der Erhalt der historisch bedeutenden Liegenschaft in Gemeindehänden bleiben soll. Wenn ich mich in der Bevölkerung umhöre, hat das Schlössli für viele eine Bedeutung und ist ein wichtiger Ort von Wünnewil. Auch visuell ist die Parzelle ein Aushängeschild. Wenn wir dieses erhalten können, tun wir unseren Kindern etwas Gutes. Wenn wir das Gebäude so sanieren können, dass es für die nächsten 50 Jahre keine grossen Kosten mehr erwirkt, machen wir etwas Gutes. In die Liegenschaft Schlössli wurde bisher noch nicht viel Geld investiert. Mit der Nutzung durch die Kita besteht zudem eine langfristige Lösung.

Urs Meier, Finanzkommission:

Werte Anwesende, das Traktandum «Sanierung Schlössli - Kreditbegehren» wurde in der Fiko lange und kontrovers diskutiert. Die Fiko hatte viele Fragen. Judith Fasel beantwortete diese während und im Nachgang zur Fiko-Sitzung. Der E-Mail-Verkehr war hoch. Die Details der Überlegungen könnt ihr im Fikobericht nachlesen. Er ist entsprechend lang. Ich werde hier ein paar Punkte herausgreifen. Das «Schlössli» ist seit längerem sanierungsbedürftig. Bei längerem Zuwarten wird der Sanierungsbedarf nicht kleiner, die Kosten dafür entsprechend höher. Die Fiko hat die Frage gestellt, ob das «Schlössli» an Private verkauft werden könnte. Das «Schlössli» wird vom Kulturgüteramt als historisches, schützenswertes Gebäude eingestuft. Es steht im alten Kern von Wünnewil und befindet sich im Ortsbildschutzperimeter. Eine private Nutzung würde dadurch sehr erschwert. Ein Gesuch zur Änderung der Zone und der Klassifizierung würde wohl Jahre dauern und wenig Chancen auf Erfolg haben. Dies wäre aber nötig, um das «Schlössli» an Private verkaufen zu können und diesen die Nutzung z.B. als Wohnraum zu ermöglichen. Der Verkauf wäre aktuell wohl an eine Stiftung möglich, wobei diese erst gefunden oder gegründet und mit Kapital versehen werden müsste. Würde der Verwendungszweck dadurch ändern, hätte die Gemeinde ein anderes grösseres Problem. Das «Schlössli» wird bereits heute für die Kita und die Spielgruppe genutzt. Von der Grösse her und mit seiner Lage und Umgebung ist es ideal für die Unterbringung von zwei Kita-Kindergruppen. Dies deckt die heutigen und die Bedürfnisse in den nächsten Jahren ab. Es gibt aktuell keinen alternativen Standort in Wünnewil. Primär geht es heute um die Sanierung des «Schlössli», sekundär um die Schaffung von genügend Kita-Plätzen in der Gemeinde. Der Kostenanteil «Sanierung Gebäude» wurde von Judith Fasel mit ca. 75% beziffert, der auf zwei Kita-Gruppen ausgelegte Innenausbau mit ca. 25%. Das Kreditbegehren für die Sanierung des Schlössli in der Höhe von Fr. 2'150'000.- wird von der Fiko als hoch eingeschätzt. Die Kostenzusammenstellung ist eine Grobkostenschätzung und weisst gemäss SIA-Norm 102 eine Genauigkeit von +/- 20% auf. Die Fiko sieht auf Grund der klärenden Antworten bei einigen

Positionen Sparpotenzial. Generell wurde die Grobkostenschätzung selbst vom Gemeinderat als vorsichtig, sprich mit Reserven für mögliche Überraschungen, eingeschätzt. Er möchte wohl einen möglichen Nachtragskredit verhindern. Die Fiko erwartet, dass der Gemeinderat bei der Detailkostenschätzung und der Realisierung die Kosten der jeweiligen einzelnen Positionen zumindest einhält, das Sparpotential ausschöpft und einen Gesamtbetrag unter Fr. 2 Millionen anstrebt und auch realisiert. Die Amortisation von 3% ist gemäss HRM2 vorgeschrieben und erscheint mit einer Dauer von 33 1/3 Jahren sinnvoll. Die durchschnittliche Verzinsung von 2% ist der aktuell gültige Satz, welcher vom Gemeinderat definiert wurde und aus Sicht der Finanzkommission vertretbar ist. Bei Gesamtkosten gemäss dem Kreditbegehren von Fr. 2'150'000.- entstehen somit finanztechnisch jährliche Folgekosten, sprich Amortisation und Zinsen, von Fr. 86'000.-. Nicht berücksichtigt bei den Gesamt- und Folgekosten sind die Fördergelder des Gebäudeprogramms des Bundes, die Fördergelder für die Heizung mit erneuerbarer Energie und die Photovoltaikanlage, die Einsparungen bei den Stromkosten durch Eigenverbrauch und Verkauf des überschüssigen Stroms. Bei der Nutzung als Kita führt die interne Mietzinsverrechnung und deren Weiterverrechnung an die Kita-Kunden zu entsprechenden Einnahmen, bei Schaffung zusätzlicher Kitaplätze gibt es Subventionen vom Bund. Die Finanzkommission empfiehlt euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dem Vorhaben aus finanztechnischer Sicht zuzustimmen.

Diskussion:

Ursula Binz, Die Mitte:

Werte Anwesende, X-Seiten in der Botschaft, ein sehr ausführlicher FIKO-Bericht - für welchen ich mich bei der gesamten FIKO bedanken möchte – haben auch wir in unserer Fraktion intensiv über das Schlössli diskutiert und trotz allem gehen die Meinungen nach wie vor recht weit auseinander. Die Liegenschaft weist gravierende Mängel auf, welche unumstritten in den nächsten Jahren angegangen werden müssen. Es ist ein Objekt mit Charme und als Standort für einen Kita-Betrieb in unseren Augen wesentlich besser geeignet als bspw. auf dem Schulhausareal. Die Klassierung in der Zone des allgemeinen Interesses und Ortsbildperimeter vereinfachen die Situation nicht. Es sieht also so aus, als ob wir wieder in den sauren Apfel beißen müssen und nach der steinigen Brücke und dem alten Gemeindehaus wieder ein solches Bijou sanieren müssen. Es wird uns eine Vorlage präsentiert die nicht nur teure 2.15 Millionen kostet auch ihre Folgekosten werden jährlich ein grosses Defizit in der Rechnung hinterlassen. Beim vorgelegten Projekt sind noch Fragen offen: Die Liegenschaft soll hindernisfrei werden, ein Aussenlift in den ersten Stock soll dem Anspruch gerecht werden. Im Erdgeschoss sind die geplanten Betriebsräume aber nur über zwei, drei Tritte erreichbar, dort gibt es im Moment keine geplante Lösung. Ob das Amt für Kulturgüterschutz dem Treppenaufgang im Innern zustimmen wird, ist auch nicht abschliessend geklärt. Die Kosten für die Instandstellung der Umgebung sind teuer und die Wasser Zu- und Ableitungen wurden bereits mit der Sanierung der Schlösslistrasse gemacht, hier sollten also keine Kosten mehr entstehen.

Drei Parkplätze sind für den Betrieb einer Kita mit zwei Gruppen nicht ausreichend, einer dürfte ja schon für ein Notfallauto des Betriebs reserviert sein - aktuell gibt es Zeiten an welchen 10 Autos vor dem Gebäude stehen.

Das Schlössli war immer wieder Thema in der Gemeinde, was aufzeigt, dass dies ein Objekt ist welches weiter unterhalten und saniert werden soll. Die umfassende Sanierung mit der Umgebung und den energetischen Massnahmen wird das Gebäude für viele Jahre wieder in Schuss halten. Die inneren Raumaufteilungen mit Leichtbauteilen ermöglichen später eine Nutzungsänderung ohne allzu grosse Kosten und lässt Raum für die Entwicklungen der Zukunft. Ich habe versucht, so wie die Meinungen in unserer Fraktion waren, positive und negative Punkte anzufügen und so wird es auch sein – unsere Fraktionsmitglieder werden dieses Geschäft unterschiedlich beurteilen.

Michael Käser, FDP:

Werte Anwesende, unsere Fraktion ist bei diesem Projekt gespalten.

Der gute Standort, der Erhalt des historischen Gebäudes und der Mangel an Alternativen für die KITA sind gute Gründe für die Sanierung.

Die hohen Kosten, das Parkplatzproblem sowie die Frage ob ein Neubau nicht idealer wäre gegenüber einer Sanierung sprechen für eine Ablehnung.

Einig ist man sich, dass man in Zukunft bei der KITA etwas machen muss, aber auch, dass die Kosten des Projektes sehr hoch sind und bei einer Annahme des Antrages erwarten wir, dass der Gemeinderat ein Auge auf die Kosten wirft und das Projekt schlussendlich günstiger abgeschlossen werden kann.

Unsere Fraktion gewichtet die Argumente unterschiedlich, entsprechend wird auch unsere Abstimmung unterschiedlich sein.

Christine Gallasz, SP/Grüne:

Werte Anwesende, unsere Fraktion befürwortet die vorgeschlagene Sanierung des Schlösslis. Als historisches Gebäude ist es für unsere Gemeinde wertvoll und unbedingt zu Erhalten. Wie wir uns bei der Begehung überzeugen konnten, ist es dringend sanierungsbedürftig. Wenn wir mit dem weiter zuwarten, würden die Kosten sicherlich noch mehr ansteigen, weshalb wir aus unserer Sicht eine zeitnahe Sanierung begrüssen. Wir bitten den Gemeinderat allerdings die im vorgeschlagenen Projekt hochangesetzten Kosten gut im Auge zu behalten und allfällig unnötige Posten wegzulassen. Beispielsweise sollte unserer Meinung nach das Nebengebäude in seiner Form und Art nochmals überdenkt werden. Dass das vorgestellte Projekt eine Erweiterung der Kita vorschlägt, ist aus unserer Sicht unbedingt zu unterstützen. Die Wichtigkeit der familienexternen Betreuung ist in der heutigen Zeit nicht mehr weg zu diskutieren. Sie unterstützt nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern stärkt den Arbeitsmarkt und wirkt dem Fachkräftemangel entgegen. Die Warteliste für einen

Kitaplatz in unserer Gemeinde ist momentan sehr lang, die Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen also dringend nötig. Problematisch für die familienexterne Betreuung in unserer Gemeinde ist im Moment auch ein Personalmangel, die extra für die Kita geplanten und modernen Räume würden die Attraktivität der Kita Zouberhuet als Arbeitsplatz steigern und die Suche nach gut ausgebildetem Fachpersonal sicher unterstützen.

Zusammengefasst ist aus unserer Sicht die zeitnahe Sanierung des Schlössli zu unterstützen. Es ist eine Investition in die Zukunft, sie dient der Erhaltung eines wichtigen Kulturgutes und führt durch die geplante Erweiterung des Betreuungsangebots schlussendlich zu einer höheren Attraktivität der Gemeinde Wünnewil-Flamatt als Wohngemeinde.

Beat Spicher, ML-CSP

Werte Anwesende, wie wahrscheinlich einige von euch auch, war ich vor der Besichtigung der Überzeugung, dass man das Schlössli mit ein paar Hunderttausend Franken so Instand stellen könne, dass man wieder 20-30 Jahre Ruhe habe. Nun ja, ich habe mich geirrt. Der Zustand ist schlecht und im Dachgeschoss sogar sehr schlecht. Es braucht tatsächlich eine Totalsanierung.

Als wir gesehen haben, was es kostet, kam natürlich die Frage auf, ob man das Schlössli nicht abreißen oder verkaufen könne, um dann irgendwo einen Neubau zu stellen. Aber wie ihr gelesen und heute auch gehört habt, ist das nicht möglich. Für einen Verkauf bräuchte es eine Umzonierung – und so etwas dauert. Und ob man dann das OK aus Freiburg bekommen würde, ist fraglich. Ein solcher Neubau käme zudem wohl auch nicht günstiger zu stehen als die Sanierung.

Viel zu diskutieren, gab in unserer Fraktion auch die Frage, wer denn am sinnvollsten das Schlössli nutzen soll und wo die Kita und die Spielgruppe in der Bauzeit von anderthalb Jahren untergebracht sein werden. Letzteres scheint uns noch nicht wirklich durchdacht. Zudem haben wir den Eindruck, dass der Gemeinderat nicht wirklich eine Strategie hat, was er mit seinen Liegenschaften machen und wann und wie er sie Instand halten will.

Das Vorprojekt mit einem neuen Treppenhaus und mit dem Abriss des Anbaus auf der Westfassade und der Garage erscheint uns Laien sinnvoll. Wir begrüssen auch, dass man nicht einen teuren Lift im Gebäude selbst einbaut, sondern einen einfachen Plattformlift erstellt. Sinnvoll ist auch, dass man so umbaut, dass man verschiedene Bedürfnisse befriedigen kann.

Gestört hat uns weiter, dass man wie schon bei der Aufbahnhalle wieder direkt mit einem Antrag auf einen Ausführungskredit kommt. Dies stört uns insbesondere darum, weil es erstens nicht dringend ist und wir zweitens nun über einen Kreditantrag befinden, bei dem die Genauigkeit nur gerade +/- 20% beträgt. Die Begründung für dieses Vorgehen, man wolle nicht riskieren, dass der Generalrat Nein sagt, nachdem man viel Geld für die Planung ausgegeben hat, verfängt nicht. Bei einem solchen Projekt würde man die Grundsatzdiskussion, die wir heute führen, einfach beim Antrag für den Planungskredit führen. Erfahrungsgemäss wird dann auch dem Ausführungskredit zugestimmt. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er bei künftigen Projekten wieder die übliche Vorgehensweise wählt.

Unsere Fraktion erachtet die Sanierung als notwendig. Wir haben aber ein paarmal leer geschluckt, als wir die Kosten sahen. Wir erwarten deshalb vom Gemeinderat, dass er die Kosten rigoros im Auge behält und auf alle nicht wirklich notwendigen Sachen verzichtet – wie beispielsweise die Verschiebung des Brunnens. Wir werden dem Antrag des Gemeinderats zustimmen, damit die Einwohner unserer Gemeinde auch weiterhin stolz auf das Schlössli sein können.

Claudio Gobet, JFL

Werte Anwesende, auch bei uns hat die Sanierung Fragen aufgeworfen und auf den ersten Blick sind die Kosten als zu hoch erschienen. Wir haben uns überlegt, was für Alternativen bei einer Ablehnung bestehen. Es sind dies der Verkauf, die Sanierung auf ein nötigstes zu reduzieren und damit die Ausgaben zu verringern, man könnte aber auch den Denkmalschutz oder die Zonierung rechtlich anfechten.

Bei einem Verkauf, welcher bereits vor 20 Jahren durch die Gemeindeversammlung abgelehnt wurde, müsste die Kita einen neuen Platz bekommen. Hier gehen wir davon aus, dass die 25%, welche für die neue Kita-Umgebung gerechnet werden, ziemlich günstig sind. Diese würden für die Sanierung eines anderen Gebäudes in der gleichen Grössenordnung in Gemeindebesitz nicht ausreichen. Die Sanierung zu reduzieren bspw. auf den Ausbau der Kita-Plätze zu verzichten oder aber bei der Heizung oder der Isolation zu sparen, erscheint uns auch nicht als sinnvoll, zumal das Projekt

bereits im Finanzplan abgebildet ist und dies eventuell zu Kosten führen würde, die dort nicht abgebildet sind. Den Denkmalschutz resp. die Zonierung zu erstreiten wäre ein langwieriger und kostenintensiver Prozess mit unsicherem Ausgang. Zudem betrachten wir von der JFL das Schlössli, wie wir es heute Abend schon oft gehört haben, als erhaltenswert und wir finden, dass der Preis für die Sanierung auf den ersten Blick vielleicht zu hoch ist, auf den zweiten das Vorhaben aber alternativlos ist und wir mit diesen Ausgaben eine saubere Lösung haben. Zum einen kann man das geschichtlich und kulturell wertvolle Gebäude erhalten und zum anderen den Ausbau des Kitaangebots an diesem idealen Standort auch mit dem teilweise öffentlichen Spielplatz erhalten und für die nächsten Jahre sauber sanieren. Die Gemeinde kann ihrer Pflicht zum Angebot der Kinderbetreuung durch eine Kita gerecht werden.

Die JFL wird dem Antrag mehrheitlich zustimmen.

Verena Wiget, SVP

Geschätzte Anwesende, das Geschäft wurde bei uns sehr vielfältig diskutiert. Es gibt viele Punkte, die dafür und viele die dagegensprechen. Ich möchte hier nur zu ein paar Hauptpunkten etwas sagen.

In einigen Städten / Dörfern wurden ältere Gebäude, die den Ortscharakter prägten, abgerissen, und man ist sich dort hie und da reuig (kürzlich in den Medien die Situation um das Zentrum von Luzern). Wenn man den Ortscharakter weitgehend erhalten möchte, lohnt es sich sicher, ins Schlössli zu investieren. Uns fehlt aber der Gesamtüberblick, was die Gemeinde mit anderen älteren Gebäuden im Sinn hat.

Nebst dem vielleicht etwas nostalgischen Gefühl, ein Stück Ortscharakter zu erhalten, ist die finanzielle Investition jedoch enorm gross. Vor allem auch mit dieser finanziellen Unbekannten, weil man z. T. ja gemäss dem Architekten noch nicht weiss, was einem an gewissen Stellen erwartet. Dies wird erst im Verlauf der Sanierung richtig klar. Zum heutigen Zeitpunkt der Entscheidungsfindung müsste ausserdem die Parkplatzsituation geregelt sein. Klar hingegen erscheint uns: Mit dieser grossen Investition wird das Schlössli für viele Jahre zweckgebunden sein. Klar ist auch: Da die Kosten sowieso schon enorm hoch sind, muss man sich unserer Meinung nach auf das Nötige beschränken. Brunnen versetzen etc. darf dann kein Thema sein.

Die Entscheidungsfindung ist hier nebst den Kosten wohl auch ein Stück weit eine Herzensangelegenheit.

Judith Fasel, Gemeinderätin

Danke für die interessanten Voten, ich habe wirklich das Gefühl, dass sich mit dem Thema auseinandergesetzt und das Thema seriös diskutiert wurde.

Zur Aussage der Mitte: "Wir müssen Sanieren" – Wir dürfen sanieren! In Wünnewil gibt es nicht viele historische Gebäude und in Flamatt noch weniger. Es wird auch immer wieder gesagt, dass die Gemeinde nicht wirklich einen Dorfkern hat. Auch im Zusammenhang mit der Strategie: In Wünnewil gibt es 3 historische Gebäude im Gemeindebesitz: Das alte Gemeindehaus, welches mit der Sanierung für die nächsten 50 Jahre erledigt wurde, das Schlössli und das alte Riedo-Schulhaus an der Dorfstrasse 26, welches nicht geschützt ist und wo momentan noch nicht klar ist, was hier gemacht wird. Ansonsten gibt es in Gemeindebesitz keine weiteren historischen Liegenschaften.

Wenn man den Finanzplan anschaut, ist klar, was in den nächsten Jahren geplant wird.

Von vielen Fraktionen wurden einzelne Punkte eingebracht, welche wir prüfen sollen. Die Punkte sind aufgenommen und werden sicherlich nicht übergangen. Die Richtung, in die wir gehen möchten, stimmt aber schon gut mit den Meinungen aus dem Generalrat überein.

Die Einhaltung der Kosten ist ganz klar auch das Ziel des Gemeinderates, und es wird sicherlich auch Abstriche geben müssen. Dies wird aber nach Vorliegen des Kostenvoranschlags klarer sein.

Andreas Freiburghaus, Gemeindepräsident:

Ich möchte kurz ergänzen, dass die Ersatzlösungen während der Bauphase aufgegleist, jedoch noch nicht kommunikationsreif sind.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat

1. Dem Bruttokredit zur Sanierung der Liegenschaft Schlössli von Fr. 2'150'000 zuzustimmen.
2. Den Betrag aus verfügbaren Bankguthaben oder durch Kreditaufnahmen zu finanzieren.
3. Die Ausgaben den Investitionsrechnungen 2023-2026 zu belasten und linear mit 3% zu amortisieren

Abstimmung:

38	Ja-Stimmen
10	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Beschluss:

Der Gemeinderat beschliesst dem Generalrat

1. Dem Bruttokredit zur Sanierung der Liegenschaft Schlössli von Fr. 2'150'000 zuzustimmen.
2. Den Betrag aus verfügbaren Bankguthaben oder durch Kreditaufnahmen zu finanzieren.
3. Die Ausgaben den Investitionsrechnungen 2023-2026 zu belasten und linear mit 3% zu amortisieren

3

1.50.6.010

Bau, Pläne

Neubau Feuerwehrgebäude in Wünnewil

Neubau Feuerwehrgebäude - Kreditgenehmigung

Ausgangslage

In der Legislaturperiode 2016-2021 hat sich der Gemeinderat mit der Erstellung eines neuen Feuerwehrgebäudes auseinandergesetzt. Es wurde stets das Ziel verfolgt, ein zweckmässiges Gebäude zu realisieren. Bereits im Jahr 2018 wurde ein erstes Vorprojekt für ein neues Feuerwehrlokal in Flamatt erarbeitet. Der damalige Gemeinderat hat das Projekt aufgrund verschiedener Voraussetzungen nicht mehr weiterverfolgt. Unter anderem war ein negatives Gutachten des Amts für Kulturgüter der Grund, dieses Projekt zu verwerfen.

Mit der Reorganisation im Bereich der Feuerwehren, dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Brandbekämpfung und die Rettungsdienste sowie der Fusionsabsicht von Schmitten, wurde mit der Planung dieses Projekts im Jahr 2021 begonnen. Mögliche Standorte in Wünnewil wurden vorgängig evaluiert.

Ab dem Jahr 2023 werden die Gemeindegebiete von Schmitten, Ueberstorf, neu auch Bösinggen sowie Wünnewil-Flamatt vom Ausrückstandort Wünnewil bedient. Sämtliches Material, alle Fahrzeuge sowie die Ausrüstung der Feuerwehrleute werden nur noch in Wünnewil stationiert sein.

**Heutige Situation**

Das heutige Werkhof- und Feuerwehrareal an der Staffelsstrasse beherbergt neben der Feuerwehr den Werkhof mit dem Sammelplatz sowie die Grüngutentsorgung. Genügend Platz, um den Fahrzeugpark unterzubringen, besteht nicht. Im bestehenden Gebäude aus dem Jahr 1983 fehlt es gänzlich an zeitgemässen Infrastrukturen (sanitäre Einrichtungen, Lagerplatz für den Werkhof, Energieproduktion etc.). Die Ortsfeuerwehr, mittlerweile die Feuerwehr «Untere Sense», befindet sich auch nach den Fusionen mit Ueberstorf und Schmitten seit Jahrzehnten in diesem Gebäude. Zusätzlich wird das Lokal in Schmitten genutzt. Auch diese Räumlichkeiten sind nicht mehr zeitgemäss und genügen den heutigen Anforderungen nicht. In einer Studie wurde abgeklärt, ob ein Umbau des bestehenden Gebäudes oder ein Neubau günstiger wäre. Die Erkenntnisse aus der Studie zeigen klar, dass ein Neubau die bessere und günstigere Lösung ist.

Einflussfaktoren / Arbeitsgruppe

Verschiedene Einflussfaktoren spielten bei der Erarbeitung des Projekts eine übergeordnete Rolle. Das Gesetz über die Brandbekämpfung und die Rettungsdienste wurde überarbeitet und trat am 01.07.2021 in Kraft. In Zukunft werden die Kasernen nicht mehr durch Beiträge (Subventionen) der KGV unterstützt. Es bleibt eine 4-jährige Übergangsfrist. Zudem werden die Feuerwehren noch intensiver zusammenarbeiten. Für den Sensebezirk gibt es 5 Ausrückungsstandorte. Wünnwil-Flammatt ist einer davon. Da im Rahmen der Bezirksfeuerwehr auch Synergien genutzt werden sollen, wird erlaubt, auf bestimmte Einrichtungen für die Feuerwehr zu verzichten (Schlauchtrocknungsanlage, Retablieren Atemschutz etc.).

Eine Arbeitsgruppe hat an mehreren Sitzungen den Anforderungskatalog formuliert und das Projekt auf diesen abgestimmt. Der Arbeitsgruppe war es wichtig, dem Gemeinderat und anschließend dem Generalrat ein Projekt zu unterbreiten, welches die Bedürfnisse der Feuerwehr und der Gemeinde für die nächsten Jahrzehnte optimal abdeckt.

Projektbeschreibung

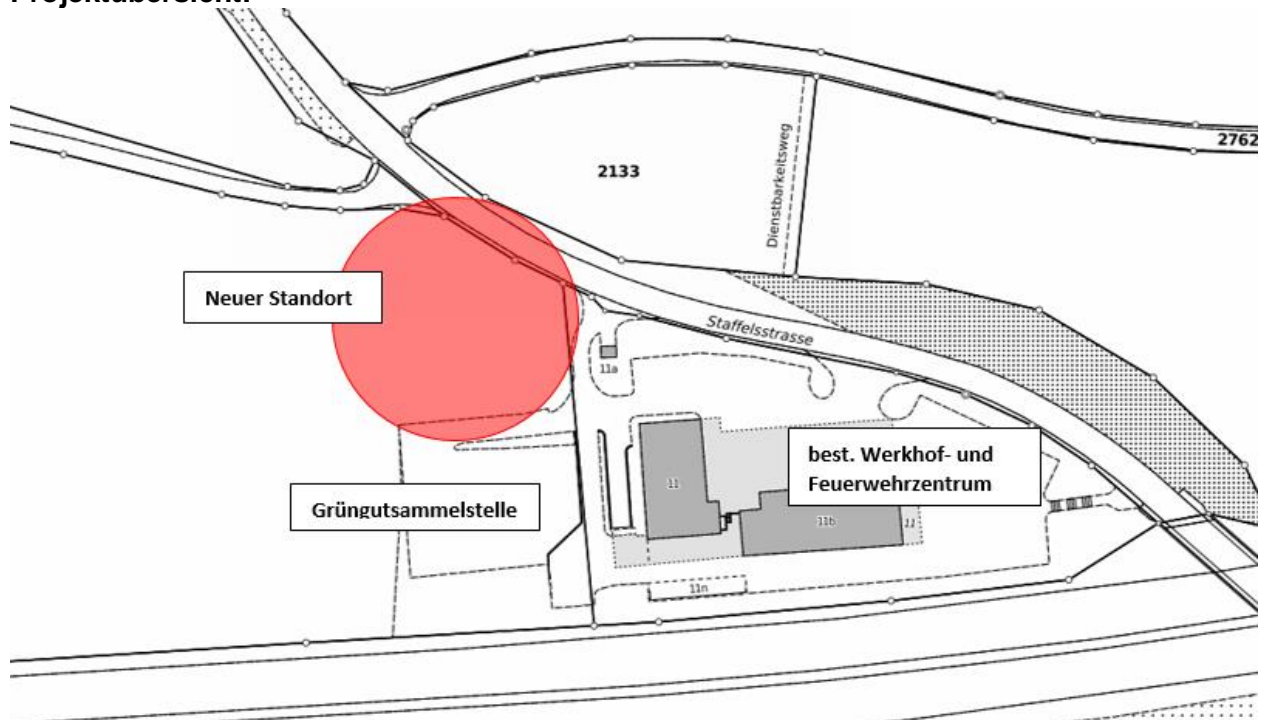
Das Projekt sieht ein 2-geschossiges Gebäude vor, welches sich gut ins bestehende Terrain integriert. Die Gebäudefront wird durch die imposanten Tore des Feuerwehrlokals geprägt. Die Lichtdurchlässigkeit wird mittels mehrerer verglasten Flächen gewährleistet. Im Obergeschoss sind die Räumlichkeiten nur im hinteren und seitlichen Teil des Gebäudes zu finden. Oberhalb der Sanitäranlagen und Lagerräume sind ein Schulungsraum (Theorielokal), ein Sitzungszimmer mit Küche, ein Lager und ein Kommandoplatz geplant. Im Erdgeschoss gewährleistet die Anordnung der Eingänge den fachgerechten Umgang vor und nach den Einsätzen sowie mit den gebrauchten Einsatzkleidern der Feuerwehrleute. Ein Weg führt stufenlos links vom Gebäude den Hang hinauf zum seitlichen Eingang im Obergeschoss. Der Theorieraum und die sanitären Einrichtungen im Obergeschoss können durch Dritte genutzt werden.

Auf dem Dach des Gebäudes ist eine Photovoltaik-Anlage (PV-Anlage) vorgesehen.

Die gesetzlich vorgeschriebene PV-Anlage benötigen etwa $\frac{1}{4}$ (ca. 175m^2) der Dachfläche. Die jährlich erzeugte Energie beläuft sich auf $32.375\text{ kWp} \times 1100\text{ kWh/kWp} = 35'612\text{ kWh}$. Diese Energie wird dem Feuerwehrlokal zugeführt. Die Subvention beträgt ca. Fr. 12'000.

Auf der restlichen Dachfläche (ca. 500 m^2) wird die PV-Anlage erweitert, diese Energie wird zum Werkhof geführt und kann dort zum Laden von Fahrzeugen und Maschinen genutzt werden. Die jährlich erzeugte Energie der zusätzlichen PV-Anlage beträgt $92.5\text{ kWp} \times 1100\text{ kWh/kWp} = 101'750\text{ kWh}$. Die zusätzlichen Kosten belaufen sich auf ca. Fr. 235'000. Die Subvention beträgt ca. Fr. 30'500.

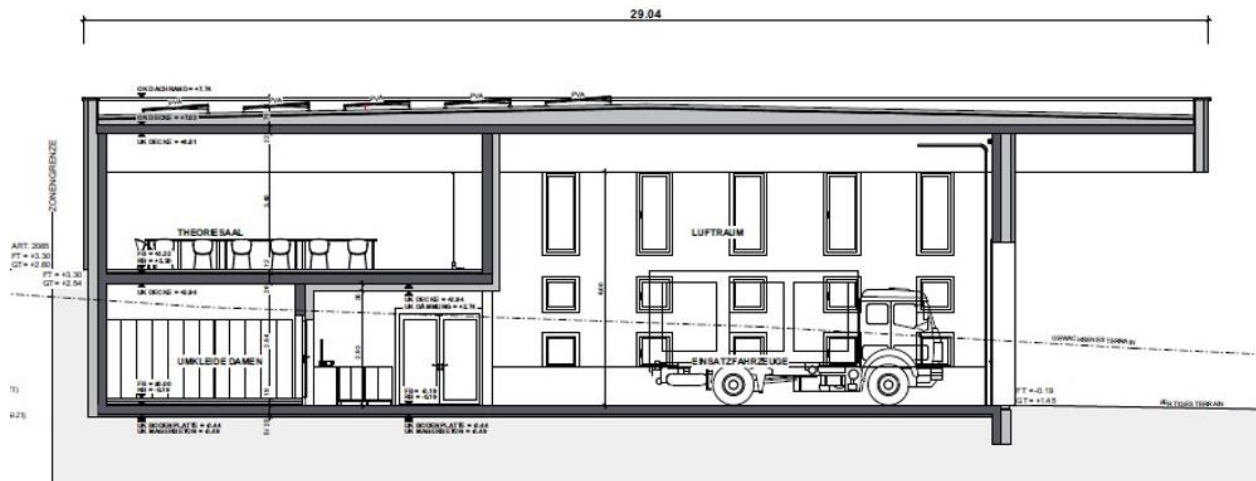
Die folgenden Pläne verdeutlichen die Ausmasse des Projekts:

Projektübersicht:

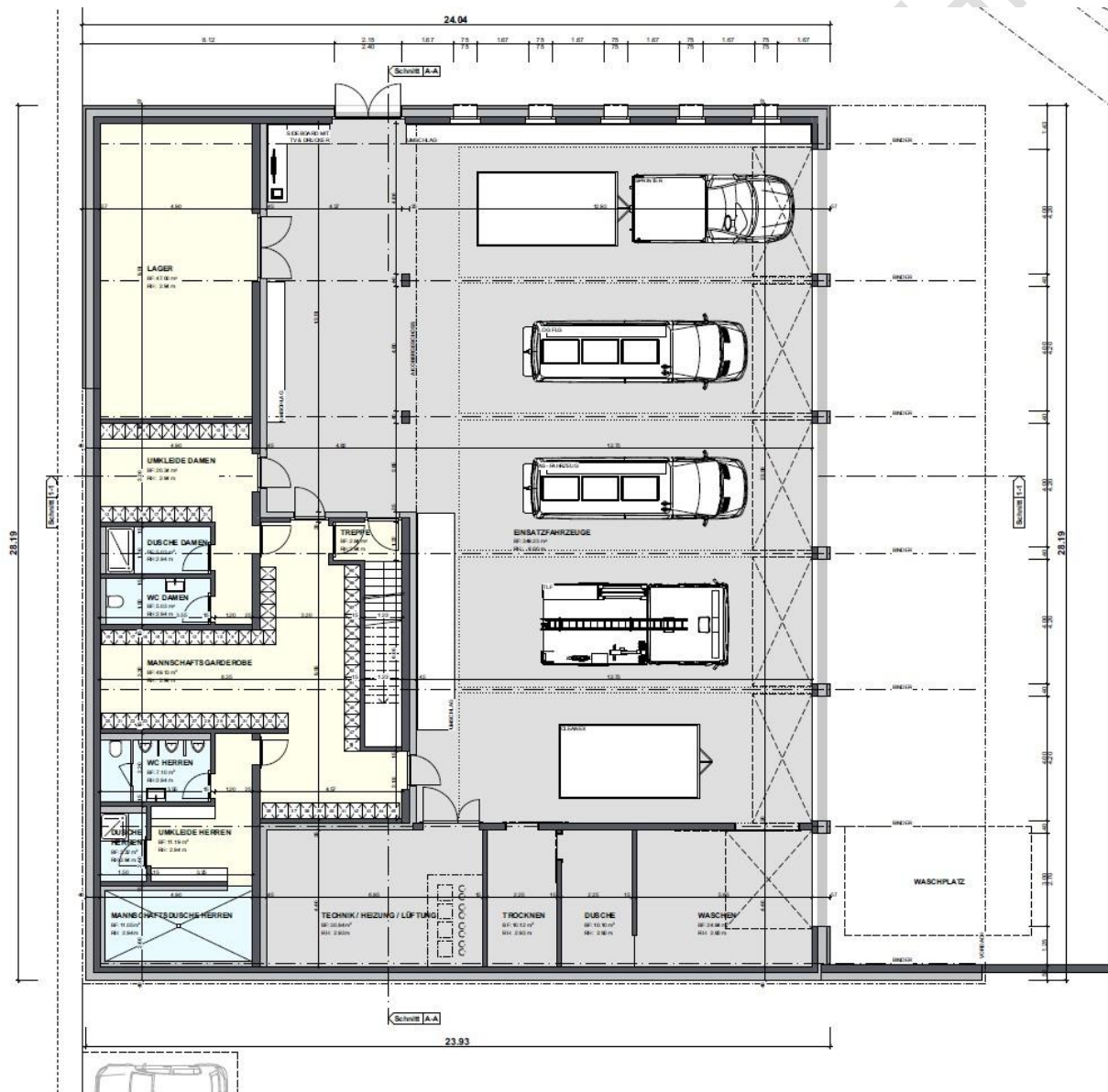
Standort in Wünnewil (unterhalb Grüngutsammelstelle)



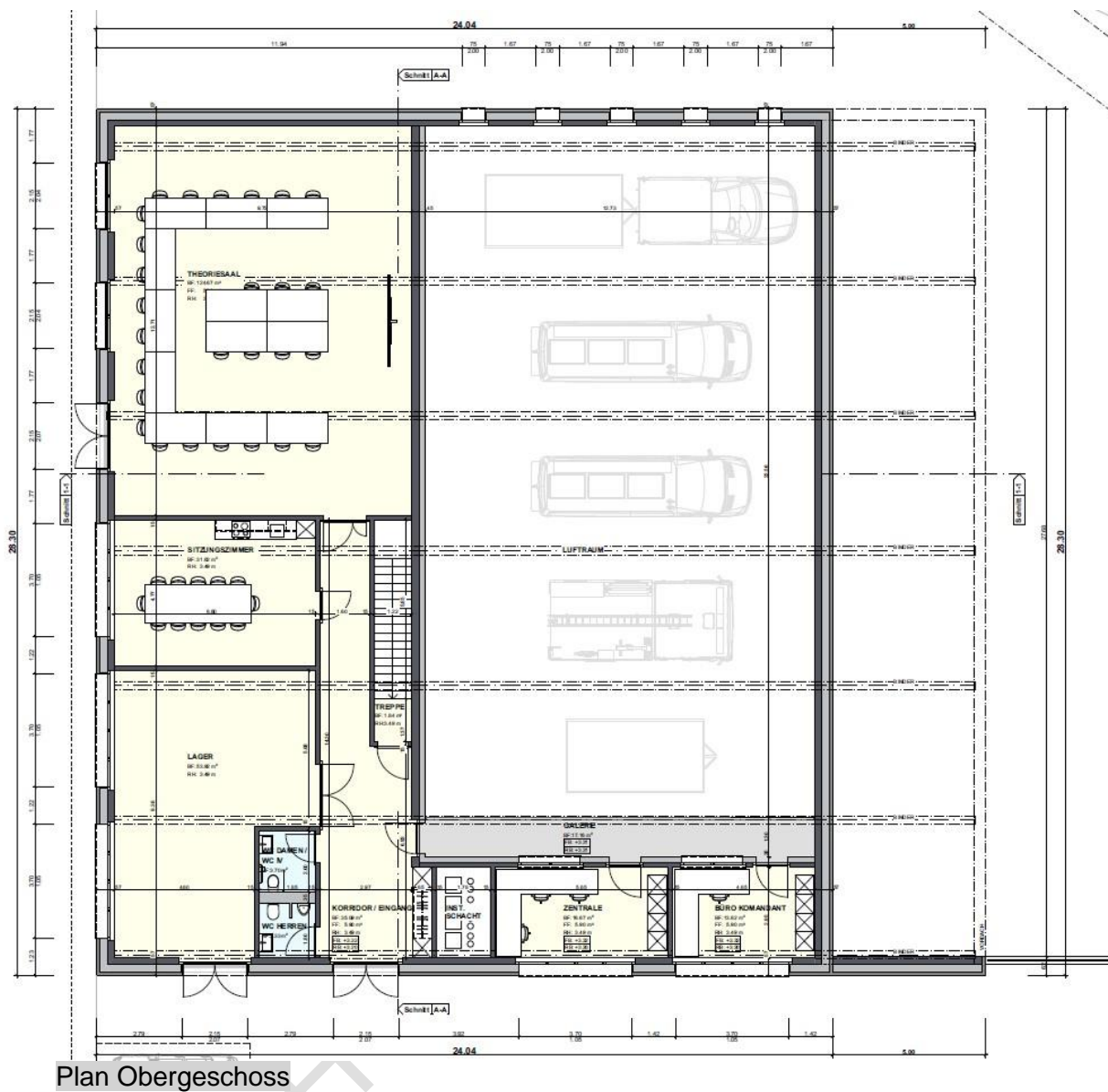
Perspektiven



Schnitt



Plan Erdgeschoss



Finanzielle Auswirkungen**Kostenzusammenstellung**

Die folgende Zusammenstellung basiert auf den heutigen Kennzahlen ähnlicher Projekte. Die Submissionsausschreibung erfolgt weitgehend im offenen Verfahren und wird daher erst nach der Kreditgenehmigung durchgeführt.

In den jeweiligen Positionen ist eine Reserve von 5% eingerechnet.

BKP	Bezeichnung	Fr. Betrag	Fr. Summe
0	GRUNDSTÜCK		Fr. 0.00
01	Grundstückserwerb	Fr. 0.00	
1	VORBEREITUNGSARBEITEN		Fr. 42'000
12	Provisorien	Fr. 0.00	
13	Gemeinsame Baustelleneinrichtungen	Fr. 10'000.00	
14	Anpassungen bestehende Terrains	Fr. 7'500.00	
15	Anpassungen bestehende Werkleitungen	Fr. 19'500.00	
16	Anpassungen bestehende Strasse	Fr. 5'000.00	
2	GEBÄUDEKOSTEN		Fr. 3'142'866
20	Baugrube	Fr. 145'000.00	
21	Rohbau 1 (Baumeister/Zimmermann/Gerüst)	Fr. 1'300'500.00	
	Rohbau 2 (Fenster/Bedachung/Sonnenschutz/Fassade)	Fr. 331'500.00	
23	Elektroinstallation	Fr. 273'500.00	
24	Heizung- / Lüftunginstallation	Fr. 175'000.00	
25	Sanitärinstallation / Küchen	Fr. 160'000.00	
26	Aufzüge / Transportanlagen	Fr. 0.00	
27	Ausbau 1 (Gipser/Metallbau/Schreiner)	Fr. 137'000.00	
28	Ausbau 2 (Estriche/Boden /Maler/Reinigungen)	Fr. 217'500.00	
29	Honorare (Architekt/Bauingenieur/HKLS Ingenieure/...)	Fr. 402'866.00	
3	BETRIEBSEINRICHTUNGEN		Fr. 80'000
36	Budget Neuanschaffung (Spintanlage/Schuhwaschanlage/...)	Fr. 80'000.00	
4	UMGEBUNGSARBEITEN		Fr. 275'000
40	Budget Hartbeläge und Rasen	Fr. 275'000.00	
5	BAUNE BENKOSTEN		Fr. 130'134
51	Bewilligungsgebühren / Anschlussgebühren	Fr. 71'500.00	
52	Dokumentation /Präsentation	Fr. 13'403.00	
53	Versicherungen	Fr. 7'000.00	
54	Finanzierung ab Baubeginn	Fr. 5'000.00	
55	Gutachten / Baureklame	Fr. 7'000.00	
58	Rückstellungen/ Reserve	Fr. 26'231.00	
9	AUSSTATTUNG		Fr. 50'000
70	Budget für Möbel	Fr. 50'000.00	
TOTAL Brutto			Fr. 3'720'000

Kosten Gebäude

Total Bruttokosten Gebäude		Fr.	3'720'000
Subventionen KGV (Gebäude)	Fr.	511'235	
Subventionen KGV (Ausstattung/ Möbel)	Fr.	133'783	
Subventionen Energie	Fr.	12'000	
Subventionen Blitzschutz	Fr.	3'700	
Total Subventionen	Fr.	660'718	
Total Nettokosten Gebäude		Fr.	3'059'282

Kosten zusätzliche PV-Anlage

Total Bruttokosten PV-Anlage		Fr.	235'000
Subventionen Energie	Fr.	30'500	
Total Nettokosten PV-Anlage		Fr.	204'500

Jährliche Folgekosten

Amortisation 3% von Fr. 3'720'000 (33 Jahre)	Fr.	111'600
Amortisation 5% von Fr. 235'000 (20 Jahre, zus. PV-Anlage)	Fr.	11'750
Amortisation der Subventionen 3% von Fr. 660'718	Fr.	-19'821
Amortisation der Subvention für PV-Anlage 5% von Fr. 30'500	Fr.	-1'525
Amortisation netto	Fr.	102'004
Durchschnittliche Verzinsung 2% von Fr. 3'263'782	Fr.	32'638
Baurechtszins (Grundstück)	Fr.	6'125
Baulicher- und betrieblicher Unterhalt ca. 0.5% von Fr. 3'142'866 (inkl. 0.05 Vollzeitstelle)	Fr.	15'714
Total	Fr.	156'481

Jährliche Einnahmen

Mietzinseinnahmen Feuerwehrverband	Fr.	123'305
Stromverkauf Feuerwehrverband (35'612kWh à 0.20 Fr./kWh)	Fr.	7'122
Strom für Werkhof oder Rückspeisung (50% von 101'750 kWh à 0.14 Fr/kWh; 50% à 0.20 Fr./kWh)	Fr.	17'297
Eigennutzung Gemeinde	Fr.	8'757
Total	Fr.	156'481

Antrag:**Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

1. Dem Bruttokredit zum Neubau des Feuerwehrgebäudes über Fr. 3'955'000 zuzustimmen.
2. Den Betrag aus verfügbaren Bankguthaben oder durch Kreditaufnahmen zu finanzieren.
3. Die Ausgaben den Investitionsrechnungen 2023/2024 zu belasten und linear mit 3% bzw. 5% zu amortisieren.

Kommentar:

Manuel Waeber, Gemeinderat

Werte Anwesende, wie vielen von euch bekannt ist, haben wir seit dem 1.1.2023 eine Bezirksfeuerwehr und nicht mehr eine Gemeindefeuerwehr. Unsere Feuerwehr Untere-Sense ist zuständig für die Gemeindegebiete Wünnewil-Flamatt, Ueberstorf und Bösing. Der Standort befindet sich immer noch am gleichen Ort und erreicht auch gemäss der Gefahrenkarte der KGV alle Gebiete der Einsatzgemeinden in vernünftiger Zeit. Ein anderes Thema ist das nicht mehr zeitgemässe bestehende Lokal: Es hat keine genügenden sanitären Anlagen (WC, Duschen, Schwarz/Weiss-Zone, zeitgemässe Garderoben), zudem hat die Feuerwehr zu wenig Platz und es muss zurzeit Material in Schmitten gelagert werden.

Es wurde dann eine Studie gemacht, ob ein Umbau oder Neubau die bessere Lösung sei. Ein Umbau wurde auf 4,0 Mio geschätzt, ein Neubau 3,5 Mio, daher wurde die Planung eines Neubaus weiterverfolgt.

Bei der KGV wurden Subventionsgesuche gestellt und bei der Feuerwehr Sense wurde nach der Finanzierung gefragt. Die bestehenden Feuerwehrgebäude im Sensebezirk werden durch die Feuerwehr Sense gemietet. Die Mieten werden aufgrund der Fläche und Gebäudeart (geheizt, ungeheizt etc.) berechnet. Dementsprechend erhielten wir einen Mietbetrag. In der Studie ist das Gebäude ähnlich wie das Gebäude in Plaffeien.

Eine Arbeitsgruppe wurde gegründet und hatte den Auftrag das geplante Gebäude in Dimension und Ausbau so zu optimieren, dass Kosten, Nutzen und Erträge sowie der Mehrwert für die Gemeinde tragbar sind.

An mehreren Sitzungen hat diese Arbeitsgruppe den Rotstift angesetzt und das Gebäude kostenoptimiert. So wurde das ganze Gebäude wo möglich etwas verkleinert. Auf Schnellaufstore und Schlauchtrocknung wurde verzichtet.

Zusätzlich wurden mit der Feuerwehr Sense die Mieterträge nachverhandelt, und bei der KGV wurde gegen den Subventionsentscheid von Fr. 380.-/m³ erfolgreich interveniert. Vorgestern bekamen wir Bescheid, dass wir neu mit 440.-/m³ rechnen dürfen (dies ist im vorliegenden Antrag noch nicht berücksichtigt).

Aus den Fraktionen kam oft die Frage nach einer Mindestmietdauer /Mietgarantie:

Ich habe diese Frage in der Direktion Feuerwehr Sense und der KGV besprochen. Es wird keine offizielle Garantie geben, dies ist bei öffentlichen Gebäuden ja auch nicht üblich. Aber gemäss Aussage von FW Sense und KGV ist es sicher, dass unser Ausrückstandort langfristig benötigt wird. Es ist nicht anzunehmen, dass sich in der 5-jährigen Risikoanalyse der KGV für den unteren Sensebezirk etwas ändern wird. Wir haben die höchste Bevölkerungsdichte, grosse Gewerbebetriebe und dies wird sich kaum in den nächsten Jahren ändern und es werden auch nicht einige Tausend Einwohner wegziehen. (So Aussage der KGV).

Kurz vor der Sitzung haben wir von der Direktion der Feuerwehr Sense die Garantie für 10 Jahre Mietdauer erhalten.

Durch den Neubau können wir den Werkhof vergrössern, welcher ebenfalls zu wenig Platz hat. Auf dem Feuerwehrlokal soll auch eine grössere Photovoltaikanlagen entstehen, wovon der Strom für den Werkhof verwendet werden könnte. Weiter stehen im neuen Gebäude Sitzungsräume für die Kommissionen und Vereine zur Verfügung. Des Weiteren hätten wir die Feuerwehrleute gleich bei den grössten Gefahrenherden in der Nähe.

Projektbeschreibung

Das Projekt sieht ein 2-geschossiges Gebäude vor, welches sich gut ins bestehende Terrain integriert.

Im Obergeschoss sind die Räumlichkeiten nur im hinteren und seitlichen Teil des Gebäudes zu finden. Oberhalb der Sanitäranlagen und Lagerräume sind ein Schulungsraum (Theorielokal), ein Sitzungszimmer mit Küche, ein Lager und ein Kommandoplatz geplant.

Im Erdgeschoss gewährleistet die Anordnung der Eingänge den fachgerechten Umgang vor und nach den Einsätzen sowie mit den gebrauchten Einsatzkleidern der Feuerwehrleute.

Ein Weg führt stufenlos links vom Gebäude den Hang hinauf zum seitlichen Eingang im Obergeschoss. Der Theorieraum und die sanitären Einrichtungen im Obergeschoss können durch Dritte genutzt werden.

Auf dem Dach des Gebäudes ist eine Photovoltaik-Anlage (PV-Anlage) vorgesehen.

Die gesetzlich vorgeschriebene PV-Anlage benötigen etwa 1/4 (ca. 175m²) der Dachfläche.

Auf der restlichen Dachfläche (ca. 500 m²) wird die PV-Anlage erweitert, diese Energie wird zum Werkhof geführt und kann dort zum Laden von Fahrzeugen und Maschinen genutzt werden.

Die Kosten wurden in der Botschaft gut beschrieben. Der Planer, welcher die Kostenzusammenstellung erstellt hat, hat bereits die Gebäude in Gurmels und Plaffeien erstellt. Zudem wurden bei jeder Position 5% Reserve eingerechnet.

Die jährlichen Einnahmen belaufen sich auf knapp unter Fr. 9'000, von der KGV bekämen wir nun mehr. Dafür hätten wir ein zeitgemässes Gebäude, können dem Platzmangel im Werkhof entgegenwirken und Strom für den Werkhof gewinnen.

Daniel Sturny, Finanzkommission

Werte Anwesende, auch dieses Geschäft wurde in der Fiko lang und auch kontrovers diskutiert. Bevor ich zu den Pro- und Kontra-Argumenten aus finanztechnischer Sicht komme, zuerst einmal ein paar Vorbemerkungen:

- Die Ausrückstandorte wurden aufgrund einer von der Kantonalen Gebäudeversicherung erarbeiteten Gefahrenkarte definiert. Für unser Einsatzgebiet kamen Schmitten und Wünnewil in Frage. Diese Risikoanalyse wird vom KGV alle 5 Jahre durchgeführt.
- Die Gemeinde hat auch die Option eines Umbaus des heutigen Feuerwehrgebäudes geprüft, wobei sich gezeigt hat, dass ein Umbau teurer wird als ein Neubau.
- Die Kostenschätzung basiert auf bereits erstellten Gebäuden, so dass hier keine grösseren Überraschungen zu erwarten sind.
- Die Amortisation von 3% für das Gebäude und von 5% für die erweiterte Photovoltaik-Anlage entspricht den Vorgaben gemäss HRM2. Die durchschnittliche Verzinsung von 2% ist der aktuell gültige Satz, welcher vom Gemeinderat definiert wurde und aus Sicht der Finanzkommission vertretbar ist.

Aus finanztechnischer Sicht sehen wir folgende Argumente, welche für eine Annahme des Geschäfts sprechen:

- Bei einem Baugesuch bis 2025 sind von der KGV Subventionen in der Höhe von ca. Fr. 640'000 oder eben noch mehr zu erwarten, was den Bau entsprechend günstiger macht.
- Solange wir die Mieteinnahmen erhalten, halten sich die jährlichen Folgekosten und die geschätzten Einnahmen die Waage.
- Wenn das Gebäude durch den Feuerwehrverband länger gemietet wird als die 33 Jahre, welche die Abschreibung dauert, kann die Gemeinde finanziell profitieren, falls keine grösseren Sanierungsarbeiten notwendig werden.

Gegen das Geschäft spricht die fehlende Investitionssicherheit. Die Fiko hat keine Freude daran, dass es nicht möglich zu sein scheint, einen Vormietvertrag über einen längeren Zeitraum, sagen wir zumindest 15-20 Jahre, zu erhalten. Unsere Gemeinde soll über 3 Mio. aufwenden, ohne eine Garantie zu erhalten, dass das Gebäude dann wirklich über die erwartete Zeit vom Feuerwehrverband gemietet wird. Im schlimmsten Fall kommt man irgendwann zum Schluss, dass Wünnewil als Standort doch nicht mehr erwünscht ist. Dann sitzen wir auf einem teuren Gebäude, dass auch aufgrund der Einzonierung kaum für einen anderen Zweck verwendet werden kann.

Nach Abwägung von Pro und Kontra erachtete die Fiko aus finanzieller Sicht die Pro-Argumente stärker als das doch eher gering erscheinende Risiko, dass wir plötzlich ohne Mieteinnahmen dastehen. Die Finanzkommission empfiehlt euch daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus finanztechnischer Sicht dem Geschäft zuzustimmen. Diese Empfehlung wäre uns aber wie gesagt deutlich leichter gefallen, wenn ein langfristiger Mietvertrag auf dem Tisch liegen würde.

Diskussion:

Bruno Boschung, Die Mitte:

Werte Anwesende, ich spreche im Namen der Mitte Fraktion zu diesem Geschäft, welches zu sehr intensiven Diskussionen innerhalb der Fraktion Anlass gegeben hat. Als Vorbemerkungen: Wir erhalten Botschaften, die Fiko prüft diese und am Abend der Sitzung vernehmen wir, nach einigen Warnschüssen, dass hier und da noch etwas gemacht wurde. Für uns ist es mühsam so zu arbeiten im Generalrat, der Gemeinderat soll mit den Anträgen kommen, wenn sie auch wirklich bereit sind.

Ich nehme es gleich vorweg. Die Mitte Fraktion hat nichts gegen die Feuerwehr – ganz im Gegenteil - und hat auch nicht grundsätzlich etwas gegen dieses Geschäft. Wir werden daher heute darauf eintreten, stellen aber gleichzeitig den Antrag auf Rückweisung an den Gemeinderat, weil die vorgeschlagene Finanzierung aus unserer Sicht nicht befriedigend geregelt ist, resp. ein viel zu grosses Risiko für unsere Gemeinde darstellt.

Zuerst ein paar grundsätzliche Überlegungen und Fragen zum Thema der neuen Bezirksfeuerwehr und der damit definierten Ausrückungsstandorte. Die erste Frage, die sich stellt: Ist es tatsächlich ein Privileg, wenn die Gemeinde Wünnewil-Flamatt gemäss der sogenannten Gefahrenkarte der KGV und des Feuerwehrverbandes als ideale Standortgemeinde für den Ausrückungsstandort der unteren Sense «ausgewählt» wird? Wohl kaum, würde ich sagen, denn ausser hohen, um nicht zu sagen sehr hohen Investitionskosten, hat unsere Gemeinde mit diesem Neubau keinerlei Privilegien innerhalb des Verbandes.

Das geplante Gebäude wird gemäss Botschaft zu jeder Zeit praktisch ausschliesslich durch die Feuerwehr genutzt, wir haben nur wenig Möglichkeiten das Gebäude auch anderweitig zu nutzen. Den Beitrag pro Einwohner, dessen Höhe mir nicht sicher bekannt ist, müssen wir genau gleich in den Topf des Mehrzweckverbandes einzahlen. Wenn ich richtig informiert bin, dies zum genau gleichen Tarif wie alle anderen Gemeinden, die selbst nicht Ausrückstandort sind und folglich nichts zu investieren haben. Es ist übrigens auch erstaunlich, dass auf einmal der Standort Stafelsstrasse, mit seiner verkehrstechnisch nicht wirklich guten Lage, plötzlich als ideal bezeichnet wird, nachdem es noch bei den früheren Diskussionen geheissen hat, dass dieser Standort gar nicht ideal sei und es unbedingt in Flamatt oder entlang des Mühletals sein sollte.

Mit diesen Feststellungen können wir aber insgesamt noch leben, obwohl es bereits hier einen etwas schalen Nachgeschmack hinterlässt. Wünnewil wird gewählt, weil keine andere der Gemeinden der unteren Sense kann oder will und weil es in Flamatt oder im Mühletal nichts Besseres gibt. Nun aber zum Stein des Anstosses, welcher uns zum Rückweisungsantrag veranlasst. Die Fiko hat in ihrem Bericht bereits klar darauf hingewiesen, dass mit dem Feuerwehrband, resp. mit dem neuen Mehrzweckverband ein Verpflichtungsvertrag für die Miete des Standortes Wünnewil für eine Dauer von mindestens 15, noch besser für 20 Jahre auszuhandeln ist. Das sehr berechtigte Anliegen wurde gemäss Fiko-Bericht damit abgetan, dass der aktuelle Präsident des Feuerwehrverbandes negativ auf das Anliegen geantwortet hat.

Somit ist Stand heute dieses Anliegen nicht gelöst und es bleibt dabei, dass wir als Standortgemeinde vom Mehrzweckverband keinerlei Beiträge für die sehr hohen Investitionen erhalten. In der Region gibt es ja auch den OS-Verband mit verschiedenen OS Standorten so wie wir zukünftig verschiedene Ausrückungsstandorte haben. In der OS ist es sauber geregelt, muss ein Standort Investitionen tätigen, helfen alle Gemeinden mit, dies war hier anscheinend kein Thema, aber wenigstens müssten den Ausrückungsstandorten auch Mietgarantien für die von ihnen getätigten Investitionen ausgesprochen werden. Darüber hinaus über keinerlei Verbindlichkeit verfügen, dass wir in den nächsten 20 Jahren auf die Mietzinseinnahmen zählen können, die wir dringend benötigen, um das Werk zu amortisieren, den Baurechtszins zu zahlen etc. Denn sollte aufgrund einer Neuprüfung der Gefahrenkarte in ein paar Jahren Wünnewil auf einmal nicht mehr relevant sein oder sich als untauglich erweisen, so würden wir auf einem Objekt hocken, das hinsichtlich der Lage, der Zone, und des spezifischen Ausbaus kaum – oder nur mit einem erneuten grossen Investitionsaufwand – anderweitig genutzt werden könnte. Es ist uns bewusst, dass dieses Szenario aus der heutigen Sicht eher unwahrscheinlich ist, aber es ist trotzdem nicht einfach unmöglich. Wir brauchen mehr finanzielle Sicherheit und es ist aus Sicht unserer Fraktion nicht ganz nachzuvollziehen, weshalb solche wichtigen Finanzfragen im Mehrzweckverband ganz offensichtlich nicht besser geregelt sind. Wenn uns eine Zusicherung über 15 oder 20 Jahre gemacht würde, müsste dies natürlich bei Düringen und Täfels etc. auch gemacht werden, aber wenn der Mehrzweckverband und die KGV finden, dass es nie ein Problem sein wird und dass der Standort in Wünnewil sicher gebraucht wird, sollen sie doch eine Garantie geben.

Wir beantragen somit die Rückweisung an den Gemeinderat, mit dem Auftrag, dieses wichtige Finanz-Anliegen mit dem Mehrzweckverband neu zu verhandeln und uns das Geschäft wieder vorzulegen, wenn diesbezüglich konkrete Resultate vorliegen, hoffentlich natürlich in eine positive Richtung, damit wir dem Geschäft mit gutem Gewissen zustimmen können. Heute können wir das aus den dargelegten Gründen nicht.

Wir gehen davon aus, dass dies bis zur Maisitzung geklärt werden kann und wir dieses Geschäft zusammen mit der Rechnung 2022 werden behandeln und abschliessen können.

Wir diskutieren hier nicht über die Feuerwehr, sondern über ein finanztechnisches Thema.

Andreas Freiburghaus, Ammann:

Selbstverständlich ist der Gemeinderat nicht glücklich über diesen Rückweisungsantrag. Die Argumente können wir nur zu einem ganz kleinen Teil teilen. Es ist absolut klar, dass der Mehrzweckverband eine Hau-Ruck-Übung war, momentan besteht noch für keinen Standort ein Mietvertrag, jedoch liegen die Mietzinsberechnungen auf dem Tisch. Dass in diesem engen Zeitraum gewisse Sachen diskutiert werden, zum Beispiel die Zusicherung über 10 Jahre, habe ich gestern Abend erhalten – das Ganze bewegt sich relativ neu.

Die Aussage es würde sich alles ein bisschen ändern können wir so nicht auf uns sitzen lassen, auf den Entscheid der KGV bezüglich Subventionen von Ende November hat der Gemeinderat Einsprache eingereicht. Am Montag wurde uns der Entscheid zugestellt und wir werden ca. Fr. 60'000 – 70'000 mehr erhalten. Der Gemeinderat hat nicht nur aufgrund der Fragen aus den Fraktionen Informationen nachgeliefert, sondern hat sich sehr seriös mit dem Thema befasst und dies hat im Rahmen des ganzen Prozederes einige Zeit in Anspruch genommen. Logisch ist auch, dass wenn wir Fr. 53.00 für all unsere Mitbürger bezahlen und einen Mietzins für das Lokal erhalten wir nicht sonst noch zusätzlich bevorzugt werden können. Als Standortgemeinde hat man keinen Sonderstatus.

Im OS-Bereich besteht eine andere Regelung, diese beruht aber auch auf einer anderen Subventionsregelung, welche Ende 2025 ausläuft. Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat den Rückweisungsantrag nicht anzunehmen, kann sich aber vorstellen, dass im Rahmen der Debatte durch den Generalrat ein vierter Punkt in den Antrag eingebaut würde, welcher wie folgt lauten könnte: "Der Gemeinderat wird beauftragt, den Mietvertrag für mindestens 15 Jahre auszuhandeln."

Roland Boschung, ML-CSP:

Werte Generalräte, unsere Verantwortung als Generalrätinnen und Generalräte ist sorgsam und verantwortungsvoll mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umzugehen. Dazu gehört nicht nur zu entscheiden, ob etwas notwendig und sinnvoll ist oder nicht, ob etwas gebraucht wird oder nicht, sondern auch zu beurteilen, ob die Gemeinde mit einem Entscheid ein Risiko eingeht, welches später zu finanziellen Folgen führen kann, welche im Moment nicht abschätzbar sind. Beim vorliegenden Antrag in Sachen Feuerwehrgebäude handelt es sich genau um einen solchen Entscheid, dies müssen wir uns alle bewusst sein.

Der Gemeinderat verlangt von uns einen Entscheid für eine Investition von Fr. 3.5 Mio. zu welcher wir, aus unserer Sicht, nicht verpflichtet sind. Wir sind eine von mehreren Gemeinden, welche ein solches Gebäude stellen könnten, es ist uns nicht klar, wieso wir gerade die Gemeinde sein sollten, welche ein solches Gebäude stellen sollte. Zudem und das ist noch viel schlimmer, auf eigene Kosten und vor allem auf eigenes Risiko. Wieso auf eigenes Risiko? Der Mehrzweckverband und auch keine andere Institution gibt uns eine Zusicherung, dass wir als Gemeinde Wünnewil-Flamatt die Kosten über die 33 Jahre oder wenigstens eine kürzere Zeit sichergestellt, zurückbezahlt bekommen werden. Angeblich so sagt man uns, sei der Verband nicht bereit eine Zusicherung zu geben. Ich habe das Gefühl, wenn man keine Zusicherung hat, dann ist man einfach auch chancenlos, wenn halt dieser vielleicht unwahrscheinliche, aber doch mögliche Fall eintritt, dass wir irgendwann eine Änderung der ganzen Situation haben. Wenn man keine vertragliche Zusicherung hat, gibt es genau 2 Möglichkeiten: Entweder man verhandelt so lange bis man eine vertragliche Zusicherung bekommt oder man weigert sich als Gemeinde einfach das Gebäude auf eigene Kosten zu erstellen und das Risiko einer 3.5 Mio. Investition allein zu tragen. Dies heisst nicht, dass man später nochmal darüber nachdenken kann. Genau in diesem Sinn ist auch der Rückweisungsantrag der Mitte zu verstehen.

Würden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen eine Investition zahlen, wenn zum Beispiel drei andere Familien auf Sie zu kommen und sagen, wir würden ein Haus bauen, wir bezahlen Ihnen die Hypothek und die Kosten, über die nächsten 33 Jahre – würden Sie das einfach machen ohne einen Vertrag? Ich persönlich würde dies nicht ohne einen Vertrag machen.

Ich finde es irgendwo ein wenig verantwortungslos, uns als Generalrat zum jetzigen Zeitpunkt dies so vorzulegen. Ich habe das Gefühl, es ist unsere Verantwortung oder zumindest interpretiere ich meine Verantwortung so, dass man das zuerst klärt.

Darum werden wir den Antrag meines Vorredners Bruno Boschung unterstützen das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen. Es ist nicht ein grundsätzliches Nein, aber bitte legt uns das Geschäft vor, wenn Zusicherungen vorliegen. Ist der Standort unterhalb der Autobahn in Wünnewil der richtige Standort? Viele Menschen, inklusive ich, vergessen schnell und auch ich musste nachschauen: Fakt ist, im Jahr 2018 hat uns der Gemeinderat einen Neubau in Flamatt vorgeschlagen unter anderem auch mit der Begründung, der Standort in Wünnewil sei nicht geeignet. Dieses Geschäft wurde damals nicht fallengelassen, wir hatten abgestimmt und zugesagt. Irgendwann ist es verschwunden, weil wir vom Kanton keine Bewilligung erhalten haben.

Bruno Boschung sagte es vorhin auch schon, wir müssen nun konsequent sein, vor 5 Jahren wurde der Standort an der Staffelsstrasse als falsch bezeichnet und nun ist er auf einmal richtig – das ist für mich komisch. Natürlich darf man die Meinung ändern und Situationen verändern sich, genau gleich kann sich aber auch, wir haben es die letzten 5 Jahre gesehen, die Situation im Mehrzweckverband und im Feuerwehrverband wieder verändern.

Last but not least, wenn der Mehrzweckverband wirklich sagt, dass es kein Thema ist die jährlichen Beiträge zu zahlen, was spricht dagegen dies vertraglich zu regeln? Was spricht dagegen, sich die Zeit zu nehmen und das Ganze sauber abzuklären? Wir dürfen dieser Investition nicht zustimmen, wenn wir unsere Verantwortung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern wahrnehmen wollen und das ist, finde ich, unsere Pflicht. Wir handeln nicht pflichtbewusst, wenn wir einem solchen Geschäft so zustimmen. Wenn wir jetzt dieses Geschäft an den Gemeinderat zurückweisen, bleiben wir aber fair und geben dem Gemeinderat die Möglichkeit mit einem zu Ende gedachten und vertraglich abgesicherten Vorschlag uns dies nochmals vorzulegen

Yvan Stampfli, FDP:

Werte Anwesende, wir haben heute Abend verschiedene Punkte gehört. Der erste Punkt den Bruno Boschung vorgebracht hat, ist sein Frust über den Gemeinderat und seine Arbeitsweise. Dies mag dir so den Eindruck hinterlassen haben und es wird Anderen ähnlich gehen. Dies kann ich verstehen und nachvollziehen. Ich finde es aber schade, wenn wir die Feuerwehr damit abstrafen und den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückweisen und verzögern, nur um ein Zeichen zu setzen.

Bruno Boschung sagte zudem er sehe die Vorteile für uns als Standortgemeinde nicht. Dem muss und darf ich widersprechen, denn wir haben definitiv Vorteile als Standortgemeinde, zum Einen ist dies die Tatsache, dass wir wahrscheinlich von den kürzesten Einsatzzeiten profitieren dürfen. Ich hoffe, wir müssen alle nie davon profitieren, doch wenn es so weit kommt, wären wir sicher alle froh, wenn die Feuerwehr innerhalb weniger Minuten am Einsatzort ist und nicht aus Ried bei Schmitten zuerst noch anfahren muss. Weiter macht es auch die Rekrutierung für uns als Feuerwehr viel einfacher: Eine Standortgemeinde ist immer attraktiver für Feuerwehrleute. Stellt euch vor ihr wohnt in Schmitten, fährt 10 Minuten nach Wünnewil, das Fahrzeug ist schon längst weg und ihr müsst warten, bis es das zweite Mal zurückkommt. Ihr macht dann noch Brandwache und wascht Feuerwehrschräuche. Darum ist die Standortgemeinde auch für uns aus Feuerwehrzwecken sehr attraktiv und ein grosser Vorteil.

Wir haben es nun zwei dreimal gehört. Vor 5 Jahren sagte man, die Lage an der Staffelsstrasse sei nicht günstig, die Lage in Flamatt wäre viel besser, damals wurde dies wahrscheinlich auch so eruiert. Ich war zu dieser Zeit noch nicht dabei. Heute hat sich die Situation geändert: Wir haben mitunter auch die Gemeinde Bösinggen als Einsatzgebiet dazubekommen. Bösinggen verlagert das ganze deutlich westlich und stellt dementsprechend auch die Standortwahl in Frage. Dass der neue Standort an der Staffelsstrasse vielleicht nicht 100 von 100 erfüllt ist gut möglich, dass dieser, gerade in Anbetracht des mittlerweile doch sehr grossen Einsatzgebietes, aber sicher vernünftig ist glaube ich ist offensichtlich.

Die Verpflichtung des Mehrzweckverbands ist heute Abend schon mehrfach angesprochen worden. Das kann ich verstehen, es ist in der Privatwirtschaft absolut üblich solche Verträge abzuschliessen und Garantien auszusprechen. Dies wäre auch hier wünschenswert, damit sind wir einverstanden. Wir sehen es aber nicht als absolut zwingend notwendig wie andere Fraktionen, denn für uns ist klar, dass das Gebäude ziemlich alternativlos ist.

Wenn ihr ein Büro betreibt, könnt ihr von Heute auf Morgen, wenn ihr keinen Vertrag habt, in ein anderes ähnliches Gebäude umziehen, ohne dass dieses grosse Anforderungen erfüllen muss. Wenn das neue Büro genügend Platz, Toiletten und evtl. noch einen Empfang mitbringt, seid ihr dort genauso gut zu Hause wie im letzten Büro. Für eine Feuerwehr sieht das Ganze anders aus: Sie braucht Garderoben, sanitäre Anlagen u.A. Duschen, es besteht ein Platzbedarf an einem Theorielokal und einem Kommandobüro und nicht zuletzt an einer Fahrzeughalle. So schnell von Heute auf Morgen oder auch innerhalb der nächsten 10 oder 15 Jahre eine Alternative zu finden ist unglaublich schwierig, dies ist mit ein Grund, wieso wir nun ein neues Gebäude bauen möchten und nicht einfach irgendwo einziehen, wo es gerade schon praktisch geht.

Ich verstehe die Anliegen von Bruno Boschung und Roland Boschung durchaus und ich sehe auch eure Wünsche. Wir als Fraktion haben aber den Eindruck, dass das Risiko verschwindend klein ist und wir dieses entsprechend so tragen können. Einerseits in unserer Verantwortung als Generalräte andererseits aber auch als hoffentlich künftiger Ausrückstandort für eine Feuerwehr.

Die kurzfristige Aktion mit dem Mehrzweckverband wurde angesprochen. Diesen Verband gibt es nun 1,5 Monate. Es ist schwierig in dieser kurzen Zeit dort etwas zu erreichen. Der Gemeinderat hat sich dafür eingesetzt, bis heute das Möglichste herauszuholen, mit dem Ziel, dass wir dieses wichtige Geschäft zeitnah abschliessen können und nicht um mehrere Sitzungen vertragen müssen. Dass dies so kurzfristig sein muss, ist mitunter auch dem politischen Entscheidungsprozess geschuldet, der überhaupt zur Notwendigkeit des Mehrzweckverbands führte. Mitverantwortlich dafür ist mitunter auch der Grossrat, von welchem heute Abend mehrere Mitglieder anwesend sind. Weil es aber hilft, möchten wir von der FDP hiermit den Antrag stellen, den Antrag des Gemeinderates mit einem vierten Punkt zu ergänzen und den Gemeinderat zu beauftragen einen Mietvertrag von min. 15 Jahren auszuhandeln.

Roland Boschung, ML-CSP:

Werte Anwesende, noch einmal, wir reden aneinander vorbei. Wir reden von einer Verpflichtung über 33 Jahre, welche nun vom Gemeinderat auf 10 – 15 Jahre abgedämpft wird und es wird gesagt, wir stimmen dem Rückweisungsantrag nicht zu und fügen einen Kurzschluss Passus ein. Das genügt einfach nicht! Noch einmal, wenn es so kein Problem ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann lasst uns doch jetzt das Geschäft zurückweisen. Das ist nicht ein Misstrauensvotum gegenüber dem Gemeinderat, sondern unsere Pflicht zu sagen, heute Abend weisen wir zurück und kommt noch einmal mit dem Geschäft.

Für mich ist das eine Zwängerei, was wir hier machen, wenn wir das Geschäft nicht zurückweisen. Selbst wenn wir am Schluss einen Vertrag über 10 oder 15 Jahre bekommen und diesem zähneknirschend zusagen, bleibt immer noch ein Risiko von der Restdauer. Über das können wir aber diskutieren, wenn wir wenigstens eine erste Zusicherung haben. Es ist wirklich ein finanzpolitisches Thema und ich glaube, das ist unsere Verantwortung. Vernünftig und fair ist es all den Leuten eine Chance zu geben, dass wir etwas machen. Wir bringen dieses Geschäft schon irgendwann durch, müssen aber zuerst die Hausaufgaben machen.

Bruno Boschung, Die Mitte:

Zu diesem Gegenvorschlag mit dem zusätzlichen Passus. Es stellt sich die Frage was geschieht, wenn der Gemeinderat den gesetzten Vertrag mit der Mindestdauer von 15 Jahren (was für mich ein absolutes Minimum ist) nicht aushandeln kann. Stirbt das Geschäft? Ist dann alles blockiert?

Andreas Freiburghaus, Ammann:

Es ist sonnenklar, dass der Gemeinderat in einem solchen Fall nochmals mit dem Geschäft in den Generalrat kommt. Wird beauftragt ist ein Auftrag, welcher ausgeführt wird, der Gemeinderat will den Generalrat in keiner Art und Weise an der Nase herumführen.

Bruno Boschung, Die Mitte:

Genau das gleiche will ich mit meinem Rückweisungsantrag erreichen. Der Gemeinderat soll das Geschäft in Ruhe wieder zurücknehmen, in Ruhe die Verhandlungen führen, statt heute Abend eine solche Bastelei mit dem Zusatzpassus zu machen. Ich bin überzeugt, dass das Geschäft im Mai erneut aufgelegt werden kann.

Noch einmal und zum letzten Mal: Yvan Stampfli, wenn die FDP Fraktion sagt, es sei überhaupt kein Problem, dann muss es auch für den Mehrzweckverband überhaupt kein Problem sein diese Zusicherungen zu machen – das verstehe ich nicht.

Ich halte deshalb an unserem Rückweisungsantrag fest.

Abstimmung Rückweisungsantrag Die Mitte:

25	Ja-Stimmen
23	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Beschluss:

Der Generalrat beschliesst das Geschäft Neubau Feuerwehrgebäude Wünnewil an den Gemeinderat zurückzuweisen.

4

7.00.0.030

Abfallreglement

Abfallreglement**Genehmigung Abfallreglement**

Das aktuell gültige Abfallreglement der Gemeinde Wünnewil-Flamatt wurde am 01.01.2010 in Kraft gesetzt. Es unterliegt dem Preisüberwachungsgesetz (Art. 2 PüG) vom 02.10.1995. Erhöhungen oder Ermässigungen müssen gemäss Art. 14 Abs. 1 PüG durch den Preisüberwacher genehmigt werden.

Der Gemeinderat strebt in der Abfallbewirtschaftung eine Kostendeckung von 100% an, auch wenn das Reglement eine Kostendeckung von 70% vorsieht. Infolge grosser Schwankungen im Papier- und Kartonsektor konnte dies in unserer Gemeinde nur noch teilweise garantiert werden. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat beschlossen, das Abfallreglement zu überarbeiten.

Das Musterreglement des Kantons Freiburg wurde an die Bedürfnisse der Gemeinde Wünnewil-Flamatt adaptiert. Dem Preisüberwacher und dem Kanton ist es wichtig, bei der Abfallbewirtschaftung so weit als möglich das Prinzip des Verursachers anzuwenden. Der Gemeinderat hat dieses Prinzip in den von ihm als sinnvoll erachteten Bereichen befolgt. Die Ausgaben der Abfallbeseitigung (Budget 2023) sind hauptsächlich durch folgende Bereiche geprägt:

- Abfuhr und Deponiekosten Kehricht Fr. 270'000
- Grüngut Fr. 90'000
- Andere Sammlungen (Glas, Alu, Papier und Karton etc.) Fr. 80'000

Die kostendeckende Abfallbewirtschaftung wird mit folgenden Einnahmen erreicht:

- Kehrichtgrundgebühr (diese wird mit dem neuen Reglement und der Einführung der Grüngutgrundgebühr tiefer ausfallen)
- Mengengebühr (Kehrichtsackgebühr wird gleichbleiben)
- Einnahmen von rezyklierten verwertbaren Materialien (Fr. 52'000)
- Grüngutgrundgebühr
 - Dies ist eine neue Gebühr. Der Gemeinderat führt diese ein, um dem Aspekt Grüngut Rechnung zu tragen. Er geht davon aus, dass auf einem grösseren Grundstück auch mehr Grüngut anfällt. Mit dieser Gebühr ist es möglich, die Grüngutsammelstelle weiterhin ohne Zutrittskontrolle und mit wenig Personalaufwand zu betreiben.

Dem Preisüberwacher wurde der Reglemententwurf vorgelegt. Mit Brief vom 23. Mai 2022 begrüsst der Preisüberwacher die Einführung einer Grüngutgrundgebühr mit gleichzeitiger Senkung der Kehrichtgrundgebühr. Generell empfiehlt der Preisüberwacher eine mengenabhängige Grüngutgrundgebühr, bei welcher ein Zusammenhang zwischen Gebühr und Ausmass der Beanspruchung besteht. Eine Grundgebühr für die Grüngutentsorgung, die sich nach der Grundstückfläche bemisst, ohne zu berücksichtigen, ob diese überhaupt genutzt wird, erachtet der Preisüberwacher als mit dem Verursacherprinzip nicht vereinbar. Er empfiehlt deshalb die Plafonierung der Grüngutgrundgebühr, falls die Grüngutentsorgung nachgewiesenermassen nicht genutzt wird.

Eine mengenabhängige Grüngutgebühr einzuführen, würde hohe Mehrkosten (Barriersystem, Kontrolle etc.) verursachen. Deshalb hat sich der Gemeinderat für eine Grüngutgrundgebühr wie vorgängig beschrieben entschieden. Der Empfehlung des Preisüberwachers trägt der Gemeinderat im Reglement im Artikel 21 Abs. 4 bis Rechnung.

Ziel des neuen Reglements (siehe Anhang 1) ist es, den veränderten Anforderungen im Bereich Abfallentsorgung gerecht zu werden.

Antrag:**Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

1. Das vorliegende Abfallreglement zu genehmigen.

Kommentar:

René Schneuwly, Gemeinderat:

Werte Anwesende, ich stehe hier gemeinsam mit Martin Bigler, weil ich den Anfang des Reglements gemacht habe und Martin den Schluss.

Es hat zwei Gründe, wieso der Gemeinderat das Abfallreglement neu auflegt. Erstens ist es so, dass mit dem alten Gesetz die 100%-ige Kostendeckung der Abfallbewirtschaftung nicht mehr immer gesichert war. Im alten Reglement ist der Ansatz zu tief, um dies eventuell abzudecken. Zweitens ist das Reglement vom Preisüberwacher nicht genehmigt und ist deshalb nicht gesetzeskonform. Das vorliegende Reglement ist durch das Amt für Umwelt und den Preisüberwacher genehmigt worden und muss anschliessend noch durch den Staatsrat genehmigt und unterzeichnet werden. Als Grundlage mussten wir das Musterreglement des Kantons Freiburg verwenden, welches wir an die Gemeinde Wünnewil-Flamatt adaptiert haben. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, die Abfallbewirtschaftung kostengünstig und benutzerfreundlich zu gestalten. Auch das Verursacherprinzip ist für den Gemeinderat wichtig. Der grösste Kostentreiber ist der Hauskehricht mit einem Aufwand von Fr. 270'000. Mit der Sackgebühr kommen wir hier dem Verursacherprinzip schon ganz nah. Der zweitgrösste Kostentreiber ist die Grüngutverarbeitung mit Fr. 90'000. Dort werden wir dem Verursacherprinzip überhaupt nicht gerecht. Es kann nicht sein, dass ein Eigenheimbesitzer mit bis zu 1'000 m² Grundstücksfläche aktuell gleich viel Grüngutgebühr bezahlt, wie ein Mieter im 10. Stock des Hochhauses in Flamatt. Es soll mir Niemand sagen, dass der Eigenheimbesitzer nicht mehr Grüngut hat als der Mieter im Hochhaus. Darum hat der Gemeinderat einen Weg gesucht, dem Verursacherprinzip gerechter zu werden. Ich sage explizit gerechter, denn es ist uns bewusst, dass es Grüngutsammlungen gibt, welche dem Verursacherprinzip noch viel mehr entsprechen würden. Aber all diese Varianten sind durch das Band viel teurer, da sie administrative und personelle Aufwände verursachen und dadurch sehr kostentreibend sind. Liebe Anwesende, der Gemeinderat ist überzeugt, dass er euch mit dem Abfallreglement eine moderate kostengünstige und zweckdienliche Vorlage präsentiert.

Martin Bigler, Gemeinderat:

Ich möchte kurz auf die Berechnungsbeispiele gemäss Tabelle kommen, wie die Gebühren in Zukunft aussehen würden.

Ein Mehrfamilienhaus mit 12 Wohnungen und 1'700 m² und neu mit den 0.05 Grüngutgrundgebühr würde Fr. 7.10 Grüngutgrundgebühr pro Wohnung bezahlen.

Die Kehrrechtgrundgebühr, welche auf Fr. 25.00 gesenkt wird, kostet Fr. 32.10 pro Haushalt, was am Schluss zur bisherigen Grundgebühr eine Differenz von Fr. 12.90 ergibt.

Wenn wir nun das Einfamilienhaus mit 1'000 m² auch wieder mit 0.05 Grüngutgrundgebühr und Fr. 25.00 ergibt eine Gebühr pro Haushalt von Fr. 75.00 und eine Differenz zur bisherigen Grundgebühr von Fr. 30.00.

Genau dies zeigt doch, dass das neue Reglement dem Verbraucherprinzip entspricht, wenn jemand der in einer Wohnung wohnt und weniger Grüngut erzeugt auch weniger Grüngutgrundgebühr bezahlt als ein Eigentümer eines Einfamilienhauses.

Auswirkungen separate Grüngutgrundgebühr**Berechnungsbeispiele pro Parzelle**

	Grüngutgrundgebühr pro Parzelle				Kehricht- grund- gebühr Annahme	Total pro Haushalt	Bisherige Grund- gebühr	Differenz
	m2	Ansatz	Betrag pro Wg/Gewer- be	Max.				
				G: 100 GW: 150 W: 200				
Mehrfamilienhaus 12 Wgen	1'700	0.05	7.10		25.00	32.10	45.00	-12.90
Reiheneinfamilienhaus	400	0.05	20.00		25.00	45.00	45.00	-
Zweifamilienhaus	1'000	0.05	25.00		25.00	50.00	45.00	5.00
Gewerbegebäude mit 4 Betrieben	2'000	0.05	25.00		25.00	50.00	45.00	5.00
Einfamilienhaus	1'000	0.05	50.00		25.00	75.00	45.00	30.00
Beispiele Obergrenzen								
Einfamilienhaus	5'000	0.05	250.00	200.00	25.00	225.00	45.00	180.00
Gebäude mit 1 Gewerbe und 1 Wohnungen	7'000	0.05	175.00	150.00	25.00	175.00	45.00	130.00
Gebäude mit 1 Gewerbebetrieb	3'000	0.05	150.00	100.00	25.00	125.00	45.00	80.00

Michael Käser, Finanzkommission

Werte Anwesende, die Finanzkommission wurde an einer gemeinsamen Sitzung von Martin Bigler über das neue Abfallreglement informiert. Diverse Punkte wurden hinterfragt und von Martin Bigler beantwortet oder abgeklärt. Die wichtigsten Punkte wurden in unserem Bericht erwähnt.

Die grösste Änderung betrifft die Einführung der Grüngutgrundgebühr. Die FiKo begrüsst grundsätzlich die Kosten nach dem Verursacherprinzip zu verrechnen. Mit dem neuen Reglement sind wir etwas näher an diesem Prinzip, aber es ist nicht in jedem Fall fair. Eine 100% faire Lösung wäre nur mit einer Anlage mit Waage und Bewachung möglich, was aber wiederum zu hohen Kosten führen würden.

Die FiKo empfiehlt euch, liebe Kolleginnen und Kollegen dem Antrag des Gemeinderates aus finanztechnischer Sicht zuzustimmen.

Diskussion:

Fritz Heimann, SVP:

Geschätzte Anwesende, im Namen unserer Fraktion möchte ich mich kurzfassen und mich mit den Argumenten nicht wiederholen. Ihr habt alles selber in euren Dossiers studiert. Wir wollen uns nicht einfach querstellen und eine Rückweisung machen, nur weil uns etwas im neuen Reglement nicht passt.

Ein Streichungsantrag von Art. 21 genügt leider nicht, da andere Artikel auch betroffen sind. Das wäre aus unserer Sicht auch zu wenig zielführend, was die Grüngutbewirtschaftung anbelangt.

Die Schaffung von neuen Grundgebühren basierend auf Grösse von Grundstücken wird bei unserer Fraktion aber sehr kritisch beurteilt.

Ein grosses Grundstück bedeutet nicht zwangsläufig, dass überhaupt Grüngut produziert wird.

Aus ökologischer Sicht ist es auch nicht der richtige Weg. Die Gefahr besteht, dass vermehrt Material aus Privatgrundstücken wegtransportiert wird, anstatt Asthaufen oder Kompost anzulegen, weil es halt so oder so kostet. Die Gewerbebetriebe die kein Kilo Grüngut produzieren, würden auch zur Kasse gebeten. Ein grosses Gewerbe genau gleich wie ein kleines.

In der Landwirtschaft fällt Grüngut an. Das aber wird hauptsächlich auf den Betrieben selber, via Mistlager oder auch in der Biogasanlage verwertet und landet nachher als Dünger auf den Feldern. Auch das Anlegen von z.B. Asthaufen wird gemäss den ökologischen Bundesprogrammen bereits heute praktiziert.

Dass die „potentiellen“ Grüngutverursacher, (also diejenigen die es heute nicht sind, aber die es „vielleicht“ in Zukunft werden können) schon heute zur Kasse gebeten werden, ist eine sehr heikle Angelegenheit. Aus unserer Sicht ist das Reglement einfach noch nicht fertig. Der Mieter im 10. Stock bezahlt übrigens die Grüngutgrundgebühr auch - über die Mietnebenkosten. Das Ganze schafft eine Ungleichbehandlung und zufrieden ist schlussendlich niemand.

Es muss doch machbar sein für unsere Gemeinde eine fortschrittliche, verursachergerechte aber auch eine niederschwellige Lösung für alle Bürger/Innen zu finden.

Die SVP Fraktion empfiehlt euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen unseren Antrag zu unterstützen und das Abfallreglement dem Gemeinderat zur erneuten Überarbeitung zurückzuweisen. Ich danke euch.

Thomas Freiburghaus, FDP:

Werte Anwesende, wir von der Fraktion FDP sind klar der Meinung, dass dieses Reglement genehmigt werden soll. Wir werden den Rückweisungsantrag der SVP nicht unterstützen. Die Trennung von Grüngut und Abfall wird grundsätzlich begrüsst. Wir sind der Meinung, dass die Massnahme mit der Handhabung der Grüngutgrundgebühr vielleicht nicht die beste Lösung ist, aber sicherlich das beste Kosten- und Nutzenverhältnis an den Tag legen wird – für die Bevölkerung und die Gemeinde.

Die Gründe sind: Die Kosten, wenn man die Grüngutabfuhr noch verbraucherfreundlicher zu gestalten indem an jedem Standort eine Waage gestellt und Personal eingesetzt würde, werden sicher sehr teuer plus für die Bevölkerung würde der Nutzen mit den Öffnungszeiten weniger gewährleistet.

Klar ist, dass die Kostenbeteiligung nicht für jeden 100% stimmen wird, ich glaube aber, dass wir hier ein Konzept finden müssen, welches für den grössten Teil der Bevölkerung passen würde. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass wir den Antrag des Gemeinderates annehmen und den Rückweisungsantrag ablehnen.

René Schneuwly, Gemeinderat:

Ich habe noch zwei, drei Bemerkungen zum Rückweisungsantrag der SVP.

Hier steht: "Es werden der Grösse der Fläche entsprechend auf Parzellen und Grundstücken Gebühren erhoben, die bezahlt werden müssen. Ob Grüngut anfällt oder nicht." Dies ist heute bereits genau gleich. Die Bürger bezahlen genau gleich Grüngut, egal ob sie Grüngut abgeben oder nicht – nur bisher über die Kehrichtgrundgebühr. Der Unterschied besteht darin, dass der Mieter im 10. Stock wohnt, ganz sicher weniger Grüngut verursacht als ein Hausbesitzer mit 1'000 m² Umschwung.

"Da Kehrichtabfall so günstiger wird und Grüngut neu dazukommt, sendet dies in der heutigen Zeit ein falsches Signal an die Bürgerinnen und Bürger." Es wird nicht günstiger, es gibt nur eine Umverteilung.

Übrigens hat der Gemeinderat noch nie behauptet, dass Grüngut nicht wertvoll ist. Wir kompostieren diesen so gut wie möglich und verteilen ihn wieder auf Felder. Ich glaube auch nicht, dass jemand, weil er jetzt Fr. 30.00 mehr bezahlen muss, keinen Ast- oder Laubhaufen mehr erstellt, da steckt bestimmt eine andere Idee dahinter.

Es ist so, dass jegliche Varianten, welche des Verursacherprinzips näher kommen ganz sicher teurer werden würden. Ich kann euch verschiedene Möglichkeiten aufzählen und jede einzelne ist teurer und keine ist so luxuriös wie diese, die wir jetzt gerade haben.

Abstimmung Rückweisungsantrag SVP:

5	Ja-Stimmen
43	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Therese Lorch, Die Mitte:

Werte Anwesende, nicht der finanzielle, sondern der ökologische Aspekt steht in meinem Votum im Vordergrund. Das vorliegende Abfallreglement trifft den Zahn der Zeit nicht, es tut nichts zur Abfallverminderung. Im Gegenteil: Es straft all jene mit einer Steuer, die versuchen auf ihrem Grundstück auf kleinem Platz, die Artenvielfalt nach Möglichkeit zu erhalten.

Es ist unbestritten, dass höhere Gebühren anregen, das Konsumverhalten zu überdenken und den Abfall nach Möglichkeit zu trennen und zu reduzieren. In meinem fortgeschrittenen Alter ist mir aber noch nie ein Aufruf zur Reduktion von Grüngutabfall aufgefallen. Darum stimmt dieses Reglement für mich nicht unbedingt.

Bevor das „Grüngut“ so abfällig bezeichnet wird, hatte dieses nämlich noch die Funktion als Baum, Staude oder Strauch und diente als Nistplatz für Vögel, als Unterschlupf für Igel, als Nährquelle für Insekten, Bienen und Hummeln. In diesem Sinne hatte das „Grüngut“ bereits einen wertvollen Dienst zu Gunsten der Artenvielfalt erfüllt, war Schattenspender und Wasserspeicher zugleich. Als Häcksel oder Kompost bleibt das „Grüngut“ auch als wertvoller Rohstoff wiederverwendbar. Warum also soll ein Grundstückbesitzer mit dem Argument des Verursacherprinzips mit einer Grüngutgrundgebühr „bestraft“ werden, wenn eine ganze Gemeinde, auch jene in einem Hochhaus, bzw. die Umwelt davon profitiert?

Es geht hier kaum um den Geldbetrag sondern um die Haltung, die in diesem Reglement vertreten wird. Es kann nicht im Sinne der Gemeinde sein, dass Grünflächen verschwinden und mit Betonwüsten ersetzt werden. Wer übrigens für den Baumschnitt einen Gärtner anstellt, muss bereits für Schnitt- und Grüngutentsorgung bezahlen und damit also zweimal die Entsorgung berappen. Daneben ist der administrative Aufwand für die Erhebung und vor allen Dingen danach für die Behandlung der Erlass- und Reduktionsgesuche sehr fragwürdig im Verhältnis zum Ertrag; ein Pa-piertiger, der viele Grundstückbesitzer sicher verärgern wird. Zudem ist die Umsetzung des Artikels 21 sehr kompliziert formuliert.

Aus diesem Grunde stelle ich den Antrag, die Grüngutgrundgebühr aus dem Abfallreglement zu entfernen.

Davon betroffen sind namentlich:

Art. 13 a	Streichung der Grüngutgrundgebühr
Art. 19, Abs. 2	Streichung der Grüngutgrundgebühr
Art. 20, Abs. 3	Streichung der Grüngutgrundgebühr
Art. 21	Streichung des ganzen Artikels

Mit dieser Streichung wäre die Grüngutgrundgebühr wieder in der normalen Grundgebühr enthalten und würde den ökologischen Sinn in meiner Sicht unterstützen.

Abstimmung Artikel zur Grüngutgrundgebühr 13a, 19 (Abs. 2), 30 (Abs. 3) und Art. 21:

39	Ja-Stimmen
8	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

Beschluss:

Die Artikel zur Grüngutgrundgebühr bleiben im Abfallreglement enthalten.

Katja Hagi, JFL:

Werte Anwesende, auch wir in der JFL haben das Abfallreglement diskutiert und möchten gerne ein zwei Bemerkungen mit dem Generalrat teilen. Einen positiven Aspekt finden wir den Art. 16, welcher beinhaltet, dass in Zukunft bei der Geburt eines Kindes 10 35lt Kehrrichtmarken von der Gemeinde offeriert werden. Wir finden, dass dies eine Geste als einmaliges Geburtsgeschenk ist und dass dies einfach erhoben werden kann im Gegensatz zu bspw. Inkontinenz.

Kritisch sind wir jedoch gegenüber dem Art. 21 Abs. 9, laut welchem mittels eines Gesuchs ein Antrag um Reduktion der Grüngutgrundgebühr gestellt werden kann, dies falls weniger als 10% der Parzellenfläche für Garten- oder Grüngutanlagen genutzt wird. Wir erachten diese Befreiung aus folgenden Gründen als problematisch. Durch die Gesuchstellung entstehen erhebliche und aus unserer Sicht eher unnötige Verwaltungsaufwände. Jedes Mal, wenn ein solches Gesuch gestellt wird, muss dieses geprüft und behandelt werden. Wir sehen den Aufwand in keinem Verhältnis zum Betrag, den der/die Gesuchsteller/in einsparen kann. Zudem bringt der Absatz unserer Ansicht nach eine falsche Message rüber, dies in der Förderung der Biodiversität. Menschen, die ihren Umschwung komplett versiegeln, werden durch diesen Absatz von der Gemeinde finanziell bevorzugt. Dies ist nicht im Interesse der JFL und steht im Konflikt mit dem Projekt der Umwelt- und Energiekommission "Naturgartenauszeichnung".

Trotz dieser Kritik werden wir auf einen Streichungsantrag verzichten, da wir uns nicht in allen Punkten einig waren. Dennoch möchten wir den Gemeinderat dazu anregen, sich zu diesen

Punkten Gedanken zu machen und sich zu überlegen, ob eine finanzielle Befreiung wirklich notwendig ist.

Sarah Zingg, FDP:

Werte Anwesende, wir sind der Meinung, dass dieser Artikel nicht in ein Abfallreglement gehört. Soziale Massnahmen sind aus unserer Sicht hier unpassend und nicht notwendig. Es soll für alle gleich sein und nicht nur für die Geburt eines Kindes, sondern z.B. für Windelträger bei Blaseninkontinenz etc. Da der Aufwand und die Beurteilung dazu zu weit gehen würde, soll niemand eine Soziale Massnahme durch das Abfallreglement erhalten. Weiter steht nirgends, wie lange nach der Geburt diese Gebührenmarken bezogen werden können.

Der Gedanke ich bekomme ein Baby und erhalte dafür 10 Abfallmarken für 35l Abfallsäcke ist für mich persönlich sehr speziell.

Weiter sind immer mehr Eltern mit Stoffwindeln oder windelfrei unterwegs und dazu ist die Schenkung von Gebührenmarken für Abfall aus unserer Sicht unpassend.

Aus diesen Gründen stellen wir aus der Fraktion FDP den Streichungsantrag für diesen Artikel. Danke.

Abstimmung Artikel 16 "Soziale Massnahmen":

19	Ja-Stimmen
28	Nein-Stimmen
1	Enthaltungen

Beschluss:

Der Artikel 16 zu den sozialen Massnahmen wird aus dem Abfallreglement gestrichen.

Josef Schöpfer, SP/Grüne:

Was ist eine gerechte Gebühr: Als Einwohner von Wünnewil-Flamatt zahlen wir über die Steuern an verschiedene Dienstleistungen unseren Anteil, auch dann, wenn wir dieses Angebot nicht nutzen.

Beim Grüngut ist es auch so, dass es auch nicht von allen genutzt wird und trotzdem zahlen heute schon alle mit der zuzahlenden Grundgebühr pro Haushalt daran.

Als erstes sollte eine Vermeidung stehen, dass weniger Grüngutmaterial anfällt, so würden auch die Kosten sinken.

Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die jetzige Lösung doch etwas fairer ist, weil es mehr dem Verursacher-Prinzip Rechnung trägt. Der Gebührenbetrag ist in der Höhe überschaubar und nicht existenzbedrohend

Es ist mit einem relativen kleinen und kostengünstigen Aufwand realisierbar.

Eine gewichtsabhängige Lösung wäre fairer, würde aber sehr teuer, mit dem Kontrollaufwand und den Vorkehrungen, die getroffen werden müssen. Auch der jetzige Komfort für das Anliefern des kompostierbaren Materials ohne Öffnungszeiten müsste aufgegeben werden und durch einen zeitlich beschränkten Zugang ersetzt werden.

Wir hoffen das durch diese Gebühr, auch die Bemühungen der Gemeinde bei der Förderung der Biodiversität nicht leiden wird.

Bruno Boschung, Die Mitte:

Werte Anwesende, ich spreche in meinem persönlichen Namen und nicht der Fraktion. Es geht weder um Windeln noch sonst etwas. Ein kleiner Hinweis: Man hat ja nicht für jeden Franken Steuern, den man zahlt, auch gleich etwas nutzen. Wir schleifen noch ein altes Relikt, die Liegenschaftssteuer, mit. René Schneuwly hat vorhin auf diese Liegenschaftsbesitzer mit 1'000 m² geschossen, ich möchte nochmal betonen, diese bezahlten alle eine Liegenschaftssteuer, von welcher kein Mensch weiss, wozu diese eigentlich verwendet wird. Ganz früher bei der Einführung, hat man gesagt, dies sei einfach, weil jemand der eine Liegenschaft hat, ein bisschen mehr Kosten verursacht für die Allgemeinheit usw.

Fritz Heimann, SVP:

Werte Anwesende, die Liegenschaftssteuern wurden auch bei uns diskutiert. Die Liegenschaftsbesitzer werden mit dem Art. 21 doppelt bestraft. Von einem neuen Reglement erwarte ich eine Verbesserung und, dass dieses dem Verbraucherprinzip mehr Rechnung trägt.

Abstimmung Abfallreglement:

43	Ja-Stimmen
5	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Beschluss:

Der Generalrat beschliesst:

1. Das vorliegende Abfallreglement mit Streichung des Art. 16 (soziale Massnahmen) zu genehmigen.

5

2.17.0.230 Primarschule Wünnewil, Dorfstrasse 58, Unterhalt

PS Wünnewil - Unterhalt

Ersatz Schülerpulte Primarschule Wünnewil

Am 10. Dezember 1990 bewilligte der Generalrat u.a. den Kredit für die Planung zur Erweiterung der Primarschule (nachfolgend PS) Wünnewil. Mit der Umsetzung des Erweiterungsbaus wurde 1992 auch das entsprechende Schulmobiliar angeschafft. Dieses Schulmobiliar ist demnach 30-jährig.

Seither haben sich die pädagogischen Anforderungen im Unterricht laufend verändert.

Die Lehrerschaft macht den Antrag, diese Pulte zu ersetzen. Dem Gemeinderat wurde am 28. November 2022 diese Problematik – alte und neue Pulte - vor Ort aufgezeigt. Er konnte sich darüber ein Bild machen und ist der Überzeugung, dass die Notwendigkeit dieser Neubeschaffung gegeben ist.

**Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung**

Die vorhandenen Schülerpulte und Schülerstühle wurden im Jahr 1992 angeschafft, weswegen viele Pulte bereits defekt sind. Zudem entspricht der Zustand der Pulte nicht den heutigen pädagogischen Anforderungen. Die Doppelpulte sind sehr sperrig und schwer und können von den Schülerinnen und Schülern (nachfolgend SuS) nicht verschoben werden. Durch die Einführung des Lehrplan 21 werden flexible Arbeitsweisen vorausgesetzt. Die SuS arbeiten oft in Gruppen. Auch die Projektarbeiten sind Teil des neuen Lehrplans und deshalb sind die SuS darauf angewiesen, schnell und flexibel die Pulte verschieben zu können. Zudem sind die Doppelpulte auch unter ergonomischer Perspektive nicht mehr zeitgemäss, da in heutigen doppelstufigen Klassen oft erhebliche Grössenunterschiede bestehen, weswegen die Kinder bei Einzelpulten individuell die Höhe ihrer Grösse anpassen und bei Bedarf stehend arbeiten können. Schliesslich ist wissenschaftlich belegt, dass unterschiedliche Positionen bei der "Arbeit" eine längere Konzentration zur Folge haben. Entgegen der heutigen Ausgangslage, wo Schülerpulte und -stühle nur mit einem speziellen (einzigen) Schlüssel von der Lehrperson in die Höhe verstellt werden können, sind die anzuschaffenden Schülerpulte und -stühle durch die SuS mit einem Druckdrehgriff verstellbar.

Die offerierten Schülerstühle und -pulte von L+S Technics sind modern und passen sich in der Höhe den Kindern unterschiedlichen Alters und Entwicklung an. Zudem sind es die gleichen Modelle wie in der PS Flamatt. Bei Zuzügen oder Wegzügen können die Pulte auch mal ausgeliehen werden.

Bei der offerierten Beschaffung wurde auch der Qualität und der Funktionalität grosse Bedeutung beigemessen. Der vorliegende Investitionsantrag soll eine Neuanschaffung für die nächsten Jahrzehnte darstellen. Die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen haben diverse Modelle probegeschaut, getestet und sich schliesslich für das offerierte Mobiliar entschieden.

Finanzielle Auswirkungen

Die aktuelle Offerte umfasst 220 Pulte und 220 Stühle und beläuft sich auf gerundet Fr. 230'000 (Total inkl. MwSt.)

Jährliche Folgekosten:

Amortisation 10%	Fr.	23'000
Durchschnittliche Verzinsung 2%	Fr.	2'300
Total	Fr.	25'300

Schlussbemerkung

Der Ersatz der Stühle und Pulte basiert auf den aktuellen pädagogischen und ergonomischen Anforderungen. Die Kosten für die Ersatzbeschaffung wurden umfassend abgeklärt und verstehen sich als eine langjährige Investition.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat

- 1. Dem Bruttokredit zur Ersatzbeschaffung der Stühle und Pulte in der Primarschule Wünnewil von Fr. 230'000 zuzustimmen.**
- 2. Den genannten Betrag aus verfügbaren Bankguthaben oder durch Kreditaufnahmen zu finanzieren, wobei eine durchschnittliche Verzinsung von 2 % gilt.**
- 3. Die Ausgaben der Investitionsrechnungen 2023 zu belasten und innerhalb von 10 Jahren linear mit 10% zu amortisieren.**

Kommentar:

Burim Ramaj, Gemeinderat:

Werte Anwesende, als mir das Anliegen zum Ersatz der Schülerpulte vorgetragen wurde, habe ich eine kleine Bestandsaufnahme und eine Bemusterung vornehmen lassen. Wir sind eine Gemeinde mit zwei Ortschaften und zwei Primarschulen. Als erstes wurden die neueren Pulte und Stühle in Flamatt angeschaut. Die Bemusterung fand danach in Anlehnung an die Pulte und Stühle in Flamatt statt. Anschliessend habe ich einen Antrag gestellt, die Beschaffung ins Budget aufzunehmen und die Pulte und Stühle in Wünnewil in den nächsten 6 Jahren zu ersetzen. Gemeinsam mit meinen Ratskolleginnen und -kollegen, konnten wir aber sehr schnell den Schluss ziehen, dass die bestehenden Pulte und Stühle, nach über 30 Jahren, nicht in einem guten Zustand sind. Deshalb haben wir beschlossen, mit einem Investitionsantrag an den Generalrat zu gelangen. Ich nehme es so wahr, dass die Politik auf lokaler Ebene gemeinsam bewältigt wird und heute fasse ich mich ganz kurz. Der Investitionsantrag dient dazu, in den nächsten Jahrzehnten eine gute Lösung in Sachen Mobiliar an der Primarschule Wünnewil zu haben. Die aktuelle Zustandslage ist so, dass die Stühle und Pulte seit 30 Jahren vorhanden sind. Sie sind nicht mehr in einem guten Zustand, entsprechen dem Lehrplan 21, welcher modular aufgebaut ist, nicht und schlussendlich sind sie auch nicht ergonomisch. Den Schülerinnen und Schülern zuzumuten, dass sie täglich mehrere Stunden auf Stühlen sitzen müssen, welche nicht verstellbar sind, ist für mich untragbar. Darum würde es mich freuen, wenn der Generalrat dem Antrag heute zustimmt.

Finanztechnisch haben wir am Anfang eine Offerte über Fr. 229'000 erhalten, welche auch dem Bruttokredit entspricht. Ich habe dann in der Bemusterung und der Offertstellung die Weisung gegeben, dass auf sämtlichen Schnick-Schnack verzichtet werden soll. Gemeinsam mit der Finanzkommission stand zur Diskussion, ob auf die Schrägstellung der Pulte verzichtet werden könnte. Dies würde weniger kosten.

Zudem habe ich eine Gegenofferte eingeholt. Dabei wurde ein nichtvergleichbares Produkt offeriert, die Offerte bewegt sich aber in der gleichen Grössenordnung.

Mit den Nachbargemeinden wurde ebenfalls Kontakt aufgenommen, um zu prüfen ob ebenfalls Bedarf besteht. Schmiten bspw. macht jährlich Neuanschaffungen über das Budget, Ueberstorf und Bösinghen haben sinkende Schülerzahlen und sehen deshalb in den nächsten Jahren keine Investitionen vor.

Sarah Zingg, Finanzkommission:

Werte Anwesende, die Notwendigkeit ist aus Sicht der FiKo nach einer Nutzung von 30 Jahren gegeben.

Die alten Stühle und Pulte werden dann grösstenteils für karitative Zwecke gespendet.

Der Bruttokredit beträgt Fr. 230'000.- für die 220 Stühle und Pulte. Dieser Betrag basiert auf der Offerte der Firma L+S, auf Grund der guten Erfahrungen in Flamatt mit diesen Pulten hat man sich bei der ersten Offerte für diese Firma entschieden. Sorry für die Umbenennung der Firma L+S in L+T im FiKo Bericht.

Das Vorgehen mit nur einer Offerte war für die Finanzkommission nicht zufriedenstellend. Darauf hat Burim die Zweitofferte der Firma Embru und eine angepasste Offerte der Firma L+S ohne die Option Schrägstellung der Pulte eingeholt. Die Schrägstellung kostet Total Fr. 17'600.- was pro Pult Fr. 80.- bedeutet. Wir in der Finanzkommission können nicht entscheiden, ob es diese Option benötigt, wir bitten hier Burim Ramaj, Olivia Fasel und das gesamte Lehrerteam sich Gedanken zur Notwendigkeit zu machen und vor allem wie häufig dies dann wirklich genutzt wird. Die Offerte der Firma Embru ist aktuell Fr. 35'000.- günstiger, aber kein gleichwertiges Produkt und kommt nur alternativ in Frage, wenn kein Entgegenkommen der Firma L+S zustande kommt. Diverse weitere Fragen wurden geklärt und können dem FiKo Bericht entnommen werden.

Der Abschreibungssatz von 10% (10Jahre) ist gemäss HRM2 für Mobilien vorgeschrieben und die Nutzung müsste dann sicherlich länger möglich sein. Die Verzinsung von 2% ist ebenfalls der aktuell gültige Satz.

Finanzkommission empfiehlt euch, liebe Kolleginnen und Kollegen dem Antrag des Gemeinderates finanztechnisch zuzustimmen. Danke.

Diskussion:

Vanessa Jung, JFL:

Werte Anwesende, die Pulte und Stühle sind älter als ich. Daher ist es sicher an der Zeit diese auszutauschen.

Für uns von der JFL ist es schwierig, den Betrag einzuschätzen, wenn man nicht aus diesem Me-tier kommt und ohne Referenzen, um die Preise zu vergleichen. Pro Garnitur 1000.- empfinden wir aber als hohen Betrag.

Zudem haben wir uns noch gefragt, ob es nicht einen Möbelhändler in der Nähe gibt, der auch unseren Anforderungen entspricht. Wir sehen es als positiv, dass es in Wünnewil die gleichen Garnituren geben wird, wie in Flamatt. Bei einer Schülerschiebung ist das sicher ein grosser Vorteil. Wir sehen auch, dass es mit dem Lehrplan 21 nötig ist Pulte anzuschaffen, die die Schülerinnen und Schüler selbst verschieben können. Auch dass die Pulte wie Stühle grössenverstellbar sind, erachten wir als wichtig in der neuen Unterrichtsform. Wir von der JFL werden dem Antrag zustimmen.

Georg Schafer, ML-CSP:

Werte Anwesende, eigentlich hätte man einen Rückweisungsantrag machen sollen, denn auch hier ist das Geschäft nicht bereit für den Generalrat. Wir stimmen über eine Investition über Fr. 230'000 ab, mit nur einer Offerte! Die Finanzkommission sagte, sie hätten noch eine zweite Offerte von Embru bekommen, welche Fr. 35'000 günstiger ist – dies ist ein nicht zu vernachlässigender Betrag, den man sonst einmal in ein Feuerwehrlokal investieren könnte. Wir bitten den Gemeinderat bei solchen Beträgen zwei Offerten einzureichen und diese dem Generalrat zum Vergleichen zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderat geht einfach davon aus, dass wir dem Geschäft frisch-fröhlich zustimmen, wenn ihr ein Auto kauft für Fr. 230'000 verlangt ihr auch nicht nur eine Offerte. Weiter erachten wir das Argument «gleiche Pulte wie in Flamatt» nicht als wichtig – denn ganz ehrlich, wurden schon einmal Pulte von Wünnewil nach Flamatt verschoben? Und wenn, ist es so schlimm, wenn in einem Zimmer andere Pulte sind, als in einem anderen. Ich bin dafür, dass die Fr. 35'000 eingespart werden, teile aber die Ansicht, dass 30-jährige Pulte ersetzt werden dürfen.

Barbara Schafer Aissami, SP/Grüne:

Geschätzte Anwesende, unsere Fraktion befürwortet die Anschaffung der neuen Pulte. Es ist wichtig, dass Schülerinnen und Schüler den heutigen Unterrichtsmethoden (pädagogischer Stützunterricht, Zimmerwechsel für einzelne Fächer, individuelle Arbeitsorte) angepasste Arbeitstische und -stühle erhalten, die sie selber – ihrer Körpergrösse entsprechend anpassen können. Mit der Gasfederung an Pult und Stuhl kann dies schnell und unkompliziert erfolgen. Das zweite Angebot von Embru enthält keine Gasfederung sondern Kurbeln. Pro Klasse hätte es eine oder zwei Kurbeln – so müsste wieder jeder Tisch und jeder Stuhl einzeln angepasst werden. Dies passt wirklich nicht mehr zu den neuen Unterrichtsformen. Wir haben viele Gruppen- und Einzelarbeiten, die sich häufig abwechseln, Zimmerwechsel für einzelne Fächer, individuelle Arbeitsorte – wir brauchen Etwas unkompliziertes und schnelles. Dazu sind die Pulte und Stühle mit Gasfederung sehr gut geeignet. Flamatt macht mit dieser Art von Einzeltisch bereits jetzt sehr gute Erfahrungen und bei Bedarf könnten wir uns mit Mobiliar aushelfen.

Die Pulte von L+S werden zu 80% in der Schweiz hergestellt. L+S arbeitet mit sozialen Institutionen aus der Region zusammen und bietet für die nächsten 20 Jahre Garantie auf Ersatzteile.

Die vorgeschlagenen Pulte können auch als Stehpulte eingesetzt werden, man sitzt heute nicht mehr einfach 6 Stunden am Pult. Auch an der heutigen Generalratssitzung würden sicher einige unter uns gerne ab und zu aufstehen. Die Schrägstellung der Pulte macht insbesondere für die Stehfunktion Sinn.

Wir finden, dass diese Investition, modern, zeitgemäss und den Bedürfnissen der Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen angepasst ist.

Emil Pfammatter, Die Mitte:

Geschätzte Anwesende, die Mitte Fraktion hat sich auch zu diesem Geschäft beraten.

Die Tische und Stühle der Primarschule sind mittlerweile über 30 Jahre alt – ein bemerkenswerter Alter für Mobiliar, dass täglich über mehrere Stunden gebraucht wird. Dass das Mobiliar demzufolge entsprechende Spuren der Alterung aufweist, ist mehr als verständlich. Der Mitte Fraktion ist es wichtig, dass Mobiliar beschaffen wird, welches den Anforderungen an einen modernen Arbeitsplatz entspricht: höhenverstellbare und einfach verschiebbare Tische und Stühle sollen es sein, damit ergonomisch und pädagogisch korrekt gearbeitet werden kann. Mit entsprechenden Sitzproben konnte das bestmögliche Modell eruiert werden.

Der einzige Wermutstropfen besteht darin, dass in Zeiten der knappen finanziellen Ressourcen der Gemeinde zuerst nur eine Offerte eingeholt wurde, und diese noch nicht einmal final verhandelt ist. Vergleichs- bzw. Konkurrenzofferten würden aus Sicht unserer Fraktion bessere Grundlagen schaffen, um mit den Anbietern in Verhandlung zu gehen, damit Preisnachlässe erzielt werden können. Es ist klar, dass eine nachträgliche Offerte mit anderen Spezifizierungen nicht vergleichbar ist. Auf jeden Fall erwarten wir aus den versprochenen Nachverhandlungen noch eine spürbare Kostenreduktion.

Die Mitte Fraktion wird dem Geschäft zustimmen und wünscht den zukünftigen Schülern der Primarschule Wünnewil viel Freude am neuen Mobiliar.

Beat Spicher, ML-CSP:

Werte Anwesende, ich war gerade auf der Homepage von Embru und alle Stühle und Pulte haben Gaslifte. Ich weiss nun nicht, was die günstigere Offerte beinhaltet, jedoch gilt es zu sagen, dass es offenbar vergleichbare Produkte gibt.

Burim Ramaj, Gemeinderat:

Vielen Dank für die Wortmeldungen, ich weiss dies sehr zu schätzen. Ich möchte noch kurz zwei Sachen kommentieren: Warum die eine Offerte von L+S genommen wurde – genau diese Stühle und Pulte bieten eben nicht so viele Anbieter an. Zu der Vergleichbarkeit ist es so, dass diejenigen von Embru, wie bereits gesagt, eine Handkurbel haben. Wir stehen hier nicht vor einer Frage zur Anschaffung eines Einzelautos, sondern vergleichbar mit einem Fuhrpark für den Gemeinderat von 9 Autos. Nun ist die Frage ob man lieber Automatikgetriebe haben möchte oder ein Schaltgetriebe, bei welchem der Schalthebel noch untereinander ausgetauscht werden müsste. Darum plädiere

ich auch jetzt für die Offerte von L+S und weiss, dass dies vielleicht einen Vertrauensvorschuss braucht, damit ich diese nachverhandeln kann. Ohne, dass ich das Geld habe, kann ich auch keine Autos kaufen.

Abstimmung:

48	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Beschluss:

Der Generalrat beschliesst:

1. Dem Bruttokredit zur Ersatzbeschaffung der Stühle und Pulte in der Primarschule Wünnewil von Fr. 230'000 zuzustimmen.
2. Den genannten Betrag aus verfügbaren Bankguthaben oder durch Kreditaufnahmen zu finanzieren, wobei eine durchschnittliche Verzinsung von 2 % gilt.
3. Die Ausgaben der Investitionsrechnungen 2023 zu belasten und innerhalb von 10 Jahren linear mit 10% zu amortisieren.

6

0.11.3.020

Botschaften und Akten

Parlamentarische Vorstösse; Motionen und Postulate (GenR)

Anträge, Motionen, Postulate

Kommentar:

Beantwortung von hängigen Interpellationen durch den Gemeinderat.

Eingegangene Anträge, Motionen etc. (bitte vorgängig dem Büro zukommen lassen).

Art. 36

Antrag

¹ Die anwesenden Generalräte können zu den in Beratung stehenden Gegenständen andere Anträge stellen.

GG Art. 42 Abs. 2

² Nach Erledigung der Geschäfte der Tagesordnung kann jedes Mitglied zu anderen, dem Generalrat zustehenden Geschäften Anträge stellen.

GG Art. 17 Abs. 1

³ Der Generalrat entscheidet noch an der gleichen oder an der nächsten Sitzung, ob den Anträgen Folge gegeben werden soll. Ist das der Fall, so werden sie dem Gemeinderat überwiesen, der dazu Stellung nimmt und sie innert Jahresfrist dem Generalrat zur Beschlussfassung unterbreitet. Der Entscheid kann auch nur ein Grundsatzentscheid sein, wenn der Antrag eine längere Prüfung erfordert.

GG Art. 17 Abs. 1

Art. 37

Motion

Die Motion ist ein Antrag, durch den der Gemeinderat beauftragt wird, dem Generalrat eine Vorlage zu unterbreiten, einen Antrag zu stellen oder eine bestimmte Massnahme zu treffen.

Art. 38

Postulat

Das Postulat ist ein Antrag, durch den der Gemeinderat beauftragt wird, eine bestimmte Frage zu prüfen, darüber zu berichten und allenfalls Antrag zu stellen.

Art. 39

Resolutionen

¹ Der Generalrat kann anlässlich bedeutender Ereignisse Resolutionen verabschieden, die lediglich den Charakter einer Erklärung haben.

² Das Büro und jedes einzelne Mitglied haben das Recht, unter dem Traktandum "Verschiedenes" Resolutionen zu beantragen. Der Resolutionsentwurf ist vor der Eröffnung des Traktandums dem Präsidenten schriftlich vorzulegen. Der Präsident gibt ihn bei der Eröffnung bekannt.

³ Der Generalrat hat sofort über Resolutionsanträge im Anschluss an eine Diskussion abzustimmen. Beim Entscheid über die Resolution schlägt er auch die Kommunikationsform und die allfälligen Empfänger der Resolution vor.

Art. 40

Form der Anträge und Rückkommen

¹ Anträge sind schriftlich zu stellen und dem Sekretär des Generalrates vor oder während der Sitzung abzugeben. Anträge müssen von ihren Verfassern anlässlich der Sitzung erneut vorgebracht werden.

ARGG Art. 8 Abs. 1 und 2

² Der Präsident kann die Mitglieder, welche einen Antrag stellen, einladen, sich kurz zu fassen. Die mündliche Begründung kann auf die nächste Sitzung verschoben werden.

³ Ein Antrag darf in keiner Weise darauf hinzielen, auf einen Beschluss zurückzukommen, der vom Generalrat in den letzten drei Jahren gefasst wurde. Der Präsident teilt dem Verfasser eines solchen Antrags unverzüglich mit, dass letzterer unzulässig ist. Bei Beanstandungen entscheidet das Büro sofort.

GG Art. 20

⁴ Nur der Gemeinderat kann dem Generalrat beantragen, ein Geschäft erneut zu behandeln, über das er vor weniger als drei Jahren befunden hat.

Art. 41

Behandlung der Anträge

¹ Offensichtlich unzulässige Anträge können vom Büro zurückgewiesen werden.

² Der Gemeinderat kann zu den als zulässig erachteten Anträgen Stellung nehmen, bevor der Generalrat über ihre Überweisung abstimmt.

³ Nach der Stellungnahme des Gemeinderates wird die Diskussion eröffnet. Anschliessend wird über die Erheblicherklärung abgestimmt.

⁴ Ein erheblich erklärter Antrag wird an den Gemeinderat überwiesen, welcher innert Jahresfrist zu dessen Inhalt Stellung nimmt.

⁵ Die Stellungnahme des Gemeinderates ist dem Urheber des Antrags spätestens fünf Tage vor der Sitzung vorzulegen, in welcher der Antrag behandelt wird.

Diskussion:

Judith Fasel, Gemeinderätin – Beantwortung der Motion "Sammlung von Regenwasser"

Geschätzte Motionärinnen, geschätzte Motionäre

Anlässlich der Generalratssitzung vom 21. April 2021 hat der Generalrat dem Gemeinderat die Motion der JFL für eine nachhaltige Bewässerung des Fussball- und Spielplatzes Wünnewil überwiesen. Wir entschuldigen uns für die späte Beantwortung.

Zum Fussballplatz:

Für die Platzierung des 30cm³ Tanks für die Bewässerung des Kunstrasens und des Trainingsfeldes wurden vom Planer und der Bewässerungsfirma Perrottet-Piller drei Varianten geprüft. A und B sahen vor, den Tank neben der Buvette zu platzieren, in diesem Zusammenhang war auch angedacht, Regenwasser vom Buvettendach der Tankanlage zuzuführen. Variante C sah vor, den Tank vor dem Kunstrasenfeld neben dem Elektro- und Steuerungskasten und dem Wasseranschluss zu platzieren.

Variante A und B wurden verworfen, da die Baumeister- und Gartenbauarbeiten zu aufwendig und kostenintensiv waren. Der Platz gegen die Strasse war zu eng und die Zuleitung der Heizung war ebenfalls ein Hindernis. Man entschied sich daher für Variante C ohne Zufuhr von Regenwasser vom Buvettendach. Geprüft wurde aufgrund der Motion noch das Sammeln des Wassers und anschliessende Zuführen aus den Drainagen. Dies wurde als technisch viel zu aufwendig eingestuft, das Gefälle hätte angepasst und Filter eingebaut werden müssen. Kosten- Nutzen wurden von der zuständigen Firma als in keinem Verhältnis stehend beurteilt.

Es war auch besprochen worden, ob man nicht Wasser von der Quelle Elswil für die Bewässerung des Kunstrasens nutzen könnte. Diese Idee wurde ebenfalls aus Kostengründen verworfen. Das Bauen der Leitung wurde auf gut Fr. 100'000 geschätzt. Eine ernsthafte Prüfung wurde vorerst verworfen.

Zum Spielplatz:

Bei der Sanierung des Spielplatzes der PS Wünnewil war eine Offerte für eine automatische Bewässerung angefragt worden, weil man der Überzeugung war, dass die automatische Bewässerung eine effiziente Bewässerung während der Nacht auf dem gesamten Spielplatz ermöglicht und der Rasen optimal gepflegt und unterhalten werden könnte. Schlussendlich wurden die Kosten von Fr. 12'000 als zu hoch gesehen. Die Bedenken aus der Bevölkerung und die Tatsache, dass die automatische Bewässerung nicht Teil des Kredits waren unterstützen dies ebenfalls.

Abklärungen zeigten aber anhand dieser beiden Projekte, dass eine sinnvolle Nutzung und Zufuhr von Regenwasser wirtschaftlich gesehen für automatische Bewässerungsanlagen wenig bis keinen Nutzen bringt, weil in kurzer Zeit grosse Mengen an Wasser zur Verfügung stehen muss.

Pro m² braucht es für eine nachhaltige Bewässerung 10 l Wasser. Der Spielplatz hat eine Fläche von zirka 1350m², dh. 13'500 l für eine Bewässerung. Für eine ideale Bewässerung müsste der Tank 1.5 – 2 Bewässerungsdurchgänge leisten können. Beim Spielplatz wäre ein Tank mit einem Volumen von 19'500l vorgesehen gewesen. Der Anteil Regenwasser wäre auch hier minim gewesen.

Da bei beiden Projekten der Nutzen nicht gegeben war, geriet auch die Motion in Vergessenheit, der Gemeinderat entschuldigt sich dafür.

Aktuell sieht der Gemeinderat als einzige wirtschaftlich sinnvolle Lösung das Sammeln von Regenwasser zu Bewässerungszwecken der Gärten beim Schulgarten der PS Wünnwil, bei den Schrebergärten, bei den Friedhöfen.

Ebenfalls kann das Sammeln von Regenwasser für die WC-Spülung bei den neuen Gebäuden geprüft werden. Die Kosten für eine solche Installation bewegen sich zwischen Fr. 5'000-10'000.- Auch hier sind Kosten-Nutzen gut abzuwägen.

Julian Schneuwly, JFL

Danke Judith, ich gebe als Motionär noch eine Antwort.

Grundsätzlich verstehen wir die Beweggründe, unsere Idee war beim Einrechnen der Motion vielleicht noch weiterzugehen und in einem Brainstorming, nicht was bereits auf den Plänen besteht, zu prüfen, ob bspw. beim Petanque Platz ein Teich hätte gemacht werden können. Die Gemeinde hat Dachflächen von um die 3'000 m², wenn wir die Turnhalle und die Primarschule zusammennehmen, welche noch nicht begrünt sind und somit nicht zuerst in die Dachbegrünung gehen. Beim Spielplatz haben wir mit 20 m³ gerechnet. Mit 3'000m² bräuchte dies 6,5mm Niederschlag und der Tank wäre voll. In den Monaten Juli und August haben wir zusammen ca. 130 mm Niederschlag, wir könnten den Tank also 20-mal füllen. Rein vom vorhandenen Wasservolumen gäbe es sicher Ideen, nicht nur mit einem Tank. Die Idee der Motion war anzuregen, zu prüfen ob es nicht vielleicht auch gestalterisch Optionen gäbe. Natürlich wurde die Motion spät eingereicht. Sicher können wir bilateral noch weitere Wege diskutieren.

7

0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)

Verschiedenes, Generalratssitzung
Verschiedenes

Auszug aus dem Geschäftsreglement vom 25.01.2017:

Art. 39

Resolutionen

¹ Der Generalrat kann anlässlich bedeutender Ereignisse Resolutionen verabschieden, die lediglich den Charakter einer Erklärung haben.

² Das Büro und jedes einzelne Mitglied haben das Recht, unter dem Traktandum "Verschiedenes" Resolutionen zu beantragen. Der Resolutionsentwurf ist vor der Eröffnung des Traktandums dem Präsidenten schriftlich vorzulegen. Der Präsident gibt ihn bei der Eröffnung bekannt.

³ Der Generalrat hat sofort über Resolutionsanträge im Anschluss an eine Diskussion abzustimmen. Beim Entscheid über die Resolution schlägt er auch die Kommunikationsform und die allfälligen Empfänger der Resolution vor.

Art. 42

Fragen

¹ Dem Gemeinderat können im Traktandum „Verschiedenes“ Fragen gestellt werden. Dieser antwortet sofort oder an der nächsten Generalratssitzung.

GG Art. 17 Abs. 2
ARGG Art. 8

² Die Fragen werden vorzugsweise schriftlich gestellt. Fragen, die vor der Sitzung schriftlich gestellt wurden, müssen von ihren Verfassern anlässlich der Sitzung erneut vorgebracht werden.

Art. 43

Andere Vorstösse

Andere Vorstösse wie Feststellungen, Bemerkungen, Wünsche, Anfragen, Gesuche, Kritiken usw. werden wie Fragen im eigentlichen Sinne behandelt, sofern sie eine Antwort des Gemeinderates erfordern.

Diskussion:**Gemeinderat:**

Keine aktuellen Mitteilungen.

Roland Boschung, ML-CSP:

Werte Anwesende, heute Abend hatten wir eine ganz spannende Sitzung, ich glaube wir haben fast gleich lange über das Abfallreglement diskutiert, wie über eine Investition von 6 Millionen – dies gehört aber zur Politik.

Ich habe den gleichen Zettel bei mir wie beim letzten Mal: Wie ist der aktuelle Stand zum Betriebskonzept des Fussballplatzes? Wie sieht die Planung der Investitionen in den nächsten Jahren aus? Es geht hier nicht darum die Investitionen zu verhindern. Wir sagen immer, wir müssen sparen sonst droht wieder eine Steuererhöhung, ich fände es sinnvoll, wenn wir die Investitionen demnächst diskutieren könnten.

Andreas Freiburghaus, Ammann:

Der Finanz- und Investitionsplan besteht und wurde an der Budgetsitzung präsentiert und wird auch an jeder Budgetsitzung wieder nachgeführt. Wir versuchen natürlich auch schon weiter in die Zukunft zu schauen.

Judith Fasel, Gemeinderätin:

Am 28. Februar 2023 findet ein Termin mit dem FC Präsidenten zum Betriebskonzept des Fussballplatzes statt.

Schneuwly Julian, Generalrat
Generalratspräsident

Schneuwly Anja
Stellvertretende Gemeindeschreiberin